Neuer Aufbruch
auf dem rot-grünen Weg
für Wandsbek

Koalitionsvertrag
von SPD und Bündnis 90/Die GRÜNEN
2019 bis 2024

Impressum

SPD Kreis Wandsbek
040 6894 4511
hh-wandsbek@spd.de
www.spd-wandsbek.de

Bündnis 90 / Die GRÜNEN
Kreisverband Wandsbek
040 209 82 833
kreisverband@gruene-wandsbek.de
www.gruene-wandsbek.de

Inhalt

Neuer Aufbruch 5
Bürgerbeteiligung 6
Verwaltung 7
Stadtplanung 8
Konkrete Bauvorhaben 13
Intakte Umwelt und Klimaschutz im Bezirk 15
Grünes Wandsbek 15
Parks und öffentliche Grünanlagen 17
Fußgängerbrücken und Sitzbänke 18
Spielplätze 18
Baumreiches Wandsbek 19
Klimagerechtes Wandsbek 21
Regenwassermanagement und Überschwemmungsgebiete 21
Verbraucherfreundliches Wandsbek 22
Fluglärm 23
Mobilität in Wandsbek 24
Förderung des Fußverkehrs 24
Förderung des Radverkehrs 25
Förderung des ÖPNV 26
Förderung des stationsbasierten Carsharing 27
Soziales und Bildung 29
Inklusion 29
Integration 29
Pflege und Gesundheit 30
Generationengerechtes Wandsbek 30
Bildung 31
Sport (Active Wandsbek) 32
Jugendhilfe 35
Haushalt 37
Wirtschaft 38
Kultur 40
Schlussbestimmungen 41

Neuer Aufbruch
auf dem rot-grünen Weg für Wandsbek
Koalitionsvertrag 2019-2024

Mit einem neuen Aufbruch, neuen Ideen und neuen Akzenten wollen wir unsere erfolgreiche und vertrauensvolle Regierungsarbeit für Hamburgs größten Bezirk gemeinsam fortsetzen. Wir haben gemeinsam viel erreicht, haben die Herausforderungen der vergangenen Jahre im engen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut bewältigt. Das Ergebnis der Bezirkswahl 2019 gibt uns auf solidem Fundament, aber in schwierigen Zeiten, die Möglichkeit, auf wirklicher Augenhöhe unseren rot-grünen Weg für Wandsbek fortzusetzen – denn wir haben noch viel vor:

Wir wollen den **Wohnungsbau** weiterhin fördern, um den Mietenanstieg möglichst gering zu halten. Wohnungsbau ist kein Selbstzweck, aber der Vergleich mit anderen Großstädten gibt uns Recht: Während dort die Mieten ungebremst weiter ansteigen, zeigt der aktuelle Hamburger Mietenspiegel, dass der Anstieg in den letzten zwei Jahren halbiert werden konnte. Mit 1,3 % jährlich liegt er inzwischen unterhalb der Steigerungsrate des Verbraucherpreisindexes.

Trotz dieser positiven Entwicklung wird weiterhin zusätzlicher Wohnraum gebraucht, der für alle bezahlbar ist. Wir wollen daher den Anteil der sozial geförderten oder preisgedämpften Wohnungen am Wohnungsneubau erhöhen.

Wir müssen stärker als bisher auf unsere endlichen natürlichen Ressourcen achten und für einen **Ausgleich** zwischen Natur und Mensch auch in unserem Stadtstaat sorgen. Das gilt insbesondere für den **Klimaschutz**. Die meisten CO2 Emissionen entstehen in den Großstädten, auch Hamburg muss daher seinen Beitrag zur CO2 Reduktion leisten. Wandsbek als einwohnerstärkster und flächenmäßig sehr großer Bezirk wird mit der Koalition seinen notwendigen Anteil an der Reduktion leisten, insbesondere indem wir weiterhin für alle Neubauten besonders hohe ökologische Standards durchsetzen und einen Beitrag zur **Verkehrswende** hin zum konsequenten Ausbau des ÖPNV und des Radverkehrs leisten. Wir brauchen insgesamt eine Verkehrspolitik, die den begrenzten Raum für die verschiedenen Bedarfe optimal nutzt und eine leistungsfähige und klimagerechte Mobilität ermöglicht.

Wir wollen das **Wachstum** unseres Bezirks gestalten und nicht einfach geschehen lassen. Wir wollen dabei die Stadtteile in ihren individuellen Identitäten stärken und trotzdem zusammenhalten. In diesem Spannungsfeld von Wachstum und Zusammenhalt wollen wir einen Prozess anstoßen, der einen **Rahmenplan/Leitbild** für den gesamten Bezirk erarbeiten soll, um mit breiter Beteiligung einen möglichst breiten Konsens über die zukünftige Entwicklung unseres Bezirkes zu erreichen.

Wir nehmen die Herausforderung, die soziale und verkehrliche Infrastruktur dem **Bevölkerungswachstum** anzupassen an. Rund 40 Prozent mehr Schulkinder bis 2030 bedeuten, dass auch Sportvereine und Familien- und Jugendhilfe sowie die **soziale Infrastruktur** insgesamt wachsen müssen. Dazu gehört auch, dass wir Chancen nutzen, unsere soziale Infrastruktur durch gezielte Sanierungsmaßnahmen auf die Höhe der Zeit zu bringen.

Bürgerbeteiligung

Die Koalition setzt auf einen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern auf Augenhöhe. Wir sind davon überzeugt, dass gesellschaftliche Veränderungen und Prozesse nur dann Bestand haben, wenn möglichst viele Menschen durch verschiedenste Formen der Beteiligung einbezogen werden. Wir suchen den Dialog, scheuen nicht die Auseinandersetzung und sind auch bereit, Entscheidungen zu hinterfragen und wenn nötig zu revidieren.

Bei der Bewältigung der enormen Aufgaben im Rahmen der Aufnahme und Integration der vielen Geflüchteten, die in den vergangenen Jahren zu uns gekommen sind, ist es uns gelungen, den Prozess der Bereitstellung von ausreichend Wohnraum weitgehend im Konsens mit den Bürgerinnen und Bürgern zu organisieren. Mit dem Instrument der Bürgerverträge haben wir klare Vereinbarungen getroffen, die dazu geführt haben, dass Stadt und Zivilbevölkerung im engen Austausch die wichtige Aufgabe der Integration begleiten, überprüfen und immer wieder vor Ort für Akzeptanz sorgen.

Wir nutzen eine Vielzahl an Möglichkeiten direkter Bürgerbeteiligung und wollen diese weiter ausbauen z.B. auf digitalem Weg. So haben wir in Wandsbek eine Praxis der frühzeitigen Einbindung von Betroffenen in die Planungen im Rahmen der sogenannten erstmaligen endgültigen Herstellung von Straßen (EEH) etabliert, die inzwischen in ganz Hamburg zur Anwendung kommt. Auch bei allen Planungen zur Grundinstandsetzung unserer Landesstraßen durch den LSBG haben wir immer wieder die rechtzeitige Beteiligung der Regionalausschüsse und der Bevölkerung vor Ort eingefordert, so dass dieses inzwischen gängige Praxis auch bei anderen Planungen wie der Neuorganisation der Verkehre um den U-Bahnhof Farmsen ist.

Bei Planungsprozessen im Bereich der Stadtplanung sorgen wir dafür, dass Investoren selbst über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus Beteiligungsprozesse organisieren, wenn möglich bereits vor Eintritt in das formale Bebauungsplanverfahren.

Wir gehen respektvoll mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden um und nutzen hier auch alle Möglichkeiten, direkt mit Bürgerinitiativen ins Gespräch zu kommen. Jeder Bürgerentscheid, der durch einen guten Kompromiss zwischen Politik und Initiative vermieden werden kann, ist ein Plus im Kampf gegen Politikverdrossenheit.

Wir sehen es jedoch auch als unsere Aufgabe an, dafür zu sorgen, dass auch jene Bevölkerungsgruppen Gehör finden, die bislang weniger stark an den Möglichkeiten direkter Beteiligung partizipieren. Selbstverständnis der Koalition ist es, dafür zu sorgen, dass ein Interessenausgleich zwischen allen Bevölkerungsgruppen und Stadtteilen erfolgt. Diesem Ziel fühlt die Koalition sich bei allen Entscheidungen verpflichtet.

Verwaltung

Gerade in diesen Zeiten treten wir für einen handlungsfähigen, starken Bezirk ein, der seine Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch gegenüber anderen Behörden, dem Senat und verschiedensten Institutionen und Beteiligten aktiv wahrnimmt. Die Bezirke müssen in der Lage sein, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten eigenverantwortlich planen und handeln zu können. Das gilt gerade für Wandsbek als einwohnerstärkstem Bezirk, der leider im Verhältnis dazu die geringste Personalausstattung hat. In den letzten Jahren kam es durch Beschlüsse der Bürgerschaft und des Senats oder durch Gesetzesänderungen auf Bundesebene (z.B. beim Unterhaltsvorschussgesetz) zu einem Aufbau von Personal, der jetzt auch ausfinanziert werden muss. Es ist sicherzustellen, dass die Bezirke bei besonderen Belastungssituationen reaktionsfähig sind und das Wachstum der Stadt berücksichtigt wird. Für uns ist es selbstverständlich, dass sich die Zunahme der Bevölkerung, die neuen Wohnquartiere und neuen Aufgaben personell und materiell in allen Bereichen der Bezirksverwaltung angemessen nachvollzogen werden müssen.

Wir setzen uns dafür ein, die besonderen bezirklichen Anforderungen bei der Personalgewinnung stärker zu berücksichtigen. Die Bezirke dürfen dabei den Fachbehörden nicht nachstehen, sie müssen durch gezielte Maßnahmen bei der Fachkräftegewinnung unterstützt werden. Hier sind eigene Ausbildungs- und Nachwuchsoffensiven für die Bezirke zu starten; Nachteile bei Eingruppierungen und Beförderungen müssen Schritt für Schritt beseitigt werden. Das Arbeiten vor Ort nah bei den Menschen muss höher gewichtet und wertgeschätzt werden.

Das Thema Digitalisierung der Bezirksverwaltung gehört ganz oben auf die Tagesordnung. In dieser Wahlperiode müssen alle geeigneten Verwaltungsdienstleistungen auch der Bezirksämter online angeboten werden: Entsprechend der „Digital First“ Strategie der Stadt wird auch Wandsbek seinen Beitrag leisten, Schritt für Schritt jede nicht zwingend in Papierform durchzuführende Verwaltungshandlung zu digitalisieren, ohne den notwendigen direkten Bürgerkontakt einzuschränken.

Der Internetauftritt des Bezirksamts soll verbessert werden.

Das Prinzip der Regionalbeauftragten hat sich auch in Wandsbek bewährt; Regionalbeauftragte haben eine ganz besondere Scharnier- und Koordinationsfunktion zwischen Politik und Verwaltung. Wir wollen erreichen, dass diese noch stärker als „regionale Kümmerer“ wahrgenommen und mehr von übriger Verwaltungsarbeit freigestellt werden. Wir setzen uns dafür ein, sie mit direkten Vortragsrechten gegenüber Bezirksaufsicht und Bezirksamtsleitung zu stärken und ihnen bessere Möglichkeiten zu geben, Beschlüsse von Regionalausschüssen umzusetzen und zu begleiten.

Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass die Amtszeit der Bezirksamtsleitungen in Hamburg an die Wahlperiode der Bezirksversammlungen angepasst wird.

Stadtplanung

Wir wollen das Wachstum in unserem Bezirk aktiv gestalten. Wir verschließen nicht die Augen vor den Herausforderungen der Bevölkerungsentwicklung und überlassen das Geschehen nicht den Kräften des Marktes. Unsere Anstrengungen im Wohnungsbau dienen dazu, das Wohnen bezahlbar zu halten. Bei der Schaffung von Wohnraum steht die Politik immer wieder vor der Herausforderung, die verschiedenen Bedürfnisse in einer wachsenden Stadt zu berücksichtigen. Denn gleichzeitig müssen wir sparsam und nachhaltig mit unseren begrenzten Ressourcen wie Bodenfläche und Energie umgehen. Den Verbrauch von Flächen, insbesondere durch die Versiegelung von Grünflächen, wollen wir reduzieren und uns dabei an die Vereinbarung halten, die im Rahmen des Konsenses mit der Volksinitiative „Hamburgs Grün erhalten“ gefunden wurde (Bürgerschaftsdrucksache 21/16980). Bebauungen von ökologisch wertvollen Grünflächen wie etwa in der Hummelsbüttler Feldmark waren einer Ausnahmesituation geschuldet und sollen bei zukünftigen Planungen nicht neu entwickelt werden.

In Anbetracht des Klimawandels sollen dort, wo Bebauungsplanungen stattfinden, diese flächenschonend, möglichst im KfW 40-Standard oder besser und grundsätzlich unter Einbeziehung einer Grünplanung (z. B. Grünanlagen, Parks, Wasserflächen, Bäume) entwickelt werden.

Bei der Gestaltung des öffentlichen Raums ist Freizeit- und Sportmöglichkeiten möglichst Vorrang einzuräumen.

Wandsbek setzt sich weiterhin für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ein. Wir erwarten im Zuge der Ausweisung von Planrecht als auch bei der Vergabe von städtischen Grundstücken, dass im Geschosswohnungsbau im Durchschnitt über alle Vorhaben mindestens 50% geförderter oder preisreduzierter Wohnungsbau umgesetzt wird.

Wir wollen, dass Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen nicht aus ihren Quartieren oder gar ganz aus der Stadt gedrängt werden. Darum machen wir uns stark für die Schaffung und den Erhalt von bezahlbarem, attraktivem, nachhaltigem Wohnraum und die positive Weiterentwicklung der Quartiere. Unser Ziel für diese Legislatur bis 2024 ist der Neubau von mindestens 3.000 geförderten oder auch frei finanziert deutlich preisreduzierten Mietwohnungen im Bezirk. Neben den Sozialwohnungen für 6,60 € pro Quadratmeter netto kalt im 1. Förderweg sind dies frei finanzierte Wohnungen mit Neubaumieten von rund 8 bis 10 € statt inzwischen üblichen Mieten von bis zu 15 €.

Städtische Flächen sollten bevorzugt in Erbpacht vergeben werden. Gleichzeitig sollte die Stadt weiterhin verstärkt Grundstücksankäufe vornehmen, um durch aktive Flächenpolitik auch auf diesem Weg sozialräumliche Entwicklungen mitgestalten zu können.

Sollten städtische Grundstücke im Bezirk Wandsbek vergeben werden, setzen wir uns dafür ein, dass insbesondere Wohnungsbaugenossenschaften und Baugemeinschaften Flächen bereitgestellt werden. Weiterhin ist sicherzustellen, dass SAGA und f & w im Rahmen ihres gesamtstädtischen Auftrags ausreichend Flächen erhalten.

Planungen, die für ein Quartier von besonderer Bedeutung sind, sollen frühzeitig in Beteiligungsprozesse – zum Beispiel in Workshop-Verfahren – eingebettet werden.

Für bauliche Wettbewerbsverfahren setzen wir uns dafür ein, dass der Wille der Politik gewahrt bleibt.

Die Koalition unterstützt die Wohnungsbaupolitik des Senats und fühlt sich daher weiterhin an den „Vertrag für Hamburg – Wohnungsbau“ gebunden.

Für die Stadtentwicklung unseres Bezirks sowie den Wohnungs- und Gewerbebau wollen wir, dass

- Potenziale an den Magistralen und Nachverdichtungspotentiale im Rahmen der Innenentwicklung (z.B. Baulücken, Aufstockungen, Dachgeschossausbau) konsequent ausgeschöpft werden,
- der Stadtumbau vorangetrieben wird (z.B. Stellplatzflächen/ untergenutzte Garagenflächen/ intensivere Nutzungen von Flächen an den Magistralen insbesondere die Wandsbeker Chaussee und ihre Verlängerung nach Osten entlang der ausgebauten S-Bahn-Trasse als auch an der Bramfelder Chaussee und deren Verlängerung sowie am Ring 2),
- Siedlungs- und Verkehrsentwicklung zusammen gedacht wird. Die Aktivierung von Baupotenzialen in Lagen mit gutem Anschluss an den schienengebundenen Nahverkehr bietet die Chance, den Bedarf an individueller Mobilität mit dem Auto zu reduzieren und so das Straßennetz zu entlasten. Zugleich können dadurch Belastungen für die Umwelt reduziert werden;
- Konversionsflächen genutzt werden (z.B. ehem. Berufsförderungswerk Farmsen),
- Gewerbeflächen intensiver genutzt (z.B. Stapelung von Gewerbe) und ggf. auch verlagert werden, um die Flächen anders zu nutzen,
- Altlastenflächen saniert und bebaut werden und
- die Flächennutzung von Kleingärten im Dialog mit den Beteiligten optimiert wird, sofern diese in gut erschlossenen Gebieten liegen (Schienenanbindung/ Einzelhandel/ soziale Einrichtungen) und dort Wohnungsbau umsetzbar ist oder für die Allgemeinheit Parkflächen hergestellt werden könnten.

Die Hebung der vorstehend benannten Potentiale hat für uns absolute Priorität vor der Inanspruchnahme von Grün- und Erholungsflächen.

Die Koordination von Nachverdichtung soll ein stärkeres Gewicht erhalten, um z. B. die aktive Ansprache von Grundstückseigentümern zu verbessern.

Wir unterstützen die Überprüfung von Potentialen für Deckelbebauungen von Verkehrsflächen.

Wir machen uns stark für den Erlass sozialer Erhaltungsverordnungen für Stadtteile mit Gentrifizierungstendenz, in denen einkommensschwache Haushalte verdrängt werden, wie beispielsweise in Eilbek.

Im Zuge der Schaffung von neuem Planrecht wollen wir

- den Einsatz regenerativer Energieträger zur Energieerzeugung vorsehen (Ausnahme Fernwärme),
- nachhaltige und klimaneutrale Baumaterialien stärker berücksichtigen,

- Nachpflanzquoten von mind. 1:2 beim Wohnungs- und Gewerbebau (d.h. pro gefälltem Baum müssen zwei neue Bäume gepflanzt werden),
- die Qualität von Fahrradstellplätzen (z. B. Überdachung, Anzahl, Zugänglichkeit, Abschließbarkeit, Nähe zum Hauseingang, Barrierefreiheit, Eignung für Lastenfahrräder) stärker berücksichtigen,
- mehr familienfreundlicher und barrierefreier Wohnraum,
- Wohnen, Arbeiten und Gewerbe (Ausweisung von Urbanen Gebieten) verstärkt kombinieren und zusammenführen,
- Gemeinschaftsflächen (z.B. als Lese-, Musik-, Hobby-, Event- oder Sportraum) verstärkt schaffen,
- generationenübergreifende Wohnformen fördern,
- uns an geeigneten Standorten für eine Fassadengestaltung mit Grünelementen sowohl in Wohnung- als auch in Gewerbegebieten einsetzen (wie z. B. Kö-Boge von Daniel Liebeskind, CaixaForum Madrid von Herzog & de Meuron, One Central Park in Sydney von Jean Nouvel)
- uns auf Landesebene für die Ansiedlung einer Hochschul- oder Forschungseinrichtung, Behörde oder einer sonstigen öffentlichen Einrichtung in Wandsbek einsetzen,
- auch das „Wie“ neuer Bebauung stärker in den Vordergrund stellen. Die Gestaltung von Gebäuden hängt eng damit zusammen, ob sie auf Akzeptanz stoßen und ob die Quartiere von ihren Bewohnerinnen und Bewohnern als lebenswert empfunden werden. Darum werden wir uns verstärkt für einen öffentlichen Diskurs darüber einsetzen, wie Neubauten aussehen sollten, nicht entsprechend einer gestalterischen Mode, sondern vor allem ausgehend von dem, was die Menschen, die dort leben, als gute Architektur und einladenden Städtebau wahrnehmen. Dazu gehört z. B. die Gebäudeform sowie die Fassaden- oder die Dachgestaltung;
- für Einpersonenhaushalte wie von Seniorinnen und Senioren, Studierenden und Auszubildenden und genauso für größere Haushalte von Familien weiter ein breites Angebot unterschiedlicher Wohnungsgrößen und -formen. Ein nachfragegerechter Wohnungsneubau soll den Bedürfnissen einer Vielzahl von Zielgruppen gerecht werden. So wollen wir in Wandsbek das Mehrgenerationenwohnen ermöglichen;
- das Wachstum aktiv gestalten und so die Stadt für alle attraktiver machen. Dazu gehört die Bewahrung der gewachsenen Strukturen und des städtebaulich typischen Charakters genauso wie die Weiterentwicklung von lebenswerten Quartieren mit guter Architektur und einladendem Städtebau;
- zielgenau sicherstellen, dass die notwendige Infrastruktur Schritt hält. Dabei geht es um die Infrastruktur an Kitas und Schulen, die Familienhilfe, Kulturangebote und Sportanlagen genauso wie um sichere Schulwege, attraktive öffentliche Plätze, Straßen und Wege, den öffentlichen Nahverkehr sowie Barrierefreiheit;
- bei der Neuorganisation von Nahversorgungsangeboten zusätzlichen Wohnungsbau kombinieren,
- trotz und gerade vor dem Hintergrund der privaten Besitzverhältnisse als Kommunalpolitik und im Zusammenspiel mit der bezirklichen Verwaltung und dem Senat im Fall der

Einkaufszentren in Steilshoop und Jenfeld alles daransetzen, um auch hier eine umfassende Erneuerung zu erreichen. Beide Einzelhandelsstandorte befinden sich in einem längst nicht mehr akzeptablen Zustand, der den gleichzeitig stattfindenden sozialräumlichen und städtebaulichen Bemühungen entgegenläuft;

Wir wollen darüber hinaus, dass die folgenden, bereits in den vergangenen Jahren im Bezirk Wandsbek von der rot-grünen Koalition größtenteils eingeführten Parameter zur Orientierung für (vorhabenbezogene) Bebauungsplanverfahren eingehalten werden.

Parameter zur Orientierung für (vorhabenbezogene) Bebauungsplanverfahren:

a. Sämtliche Dachflächen, mit Ausnahme der Flächen für technische Aufbauten, sind als Gründach zu gestalten und intensiv zu begrünen. Auch die Dachflächen mit Solaranlagen sind als Gründach zu gestalten.

b. Auf den gesamten Dachflächen sind Photovoltaikanlagen und ggf. ergänzende Solarthermieanlagen mit einer Kollektorfläche im Verhältnis 1:3 zur Dachfläche zu errichten. Ausgenommen sind Bereiche mit technischen Aufbauten sowie der Bereich für die Spielplatzflächen und Aufenthaltsbereiche zwischen den Wohnblöcken auf der Zwischenebene und verschattete Bereiche. Die Anlagen müssen auch in Bereichen mit Gründach errichtet werden.

c. Das gesamte Vorhaben ist mindestens im Energiestandard KfW 40 nach der zum Bauantragszeitpunkt gelten Energieeinsparverordnung zu realisieren.

d. 10 % der Pkw-Stellplätze werden mit einer Ladeeinrichtung für Elektrofahrzeuge ausgestattet, weitere 10 % der Stellplätze vorbereitet.

e. Gemäß Hamburgischer Bauordnung entscheiden die Bauherrinnen und Bauherren bei Wohnungen in eigener Verantwortung über den Umfang der Herstellung von Stellplätzen. Dabei sollen sie neben dem Stellplatzbedarf der Bewohnerinnen und Bewohner, den örtlichen Verkehrsverhältnissen, der Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr insbesondere die Belange von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen berücksichtigen. Gleichzeitig besteht für den Bezirk als Plangeber die Möglichkeit, in einem Durchführungsvertrag weitergehende Vorgaben zu machen. Zielrichtung ist für die Koalition grundsätzlich ein Stellplatzschlüssel von 0,8. Neben der Anbindung an den ÖPNV wollen wir dabei insbesondere die Realisierbarkeit von preisreduziertem Wohnungsbau berücksichtigen.

f. 10 % der Fahrradstellplätze werden mit einer Ladeeinrichtung für e-Bikes ausgestattet, weitere 10 % der Stellplätze vorbereitet.

g. Zusätzlich zu den durch die Fachanweisung FA 1/2013 - ABH gefordert Fahrradstellplätzen sind 5 Stellplätze für Lastenfahrräder oder Fahrradanhänger umzusetzen. Die Fahrradstellplätze sind durch entsprechende Markierungen deutlich zu kennzeichnen.

h. Die Gestaltung der Außenbereiche soll eine hohe ökologische Quantität und Qualität aufweisen. Alle Neupflanzungen dürfen vorrangig nur mit heimischen Gehölzen erfolgen, die einen ökologisch hohen Wert darstellen und möglichst vielen Insekten- und Tierarten als Nahrungsquelle und/oder Lebensraum dienen.

i. Baumfällungen oder die Entfernung von Knicks und Hecken sind zu vermeiden. Sollten dennoch Bäume oder Gehölze entfernt werden müssen sind diese im Verhältnis 1:2 durch

heimische Gehölze zu ersetzen (für jeden gefällten Baum 2 neue großkronige Laubbäume, für jeden Meter Hecke 2 Meter neue heimische Hecke).

j. Die gesamte Außenbeleuchtung erfolgt insektenfreundlich. Die entsprechende Lösung wird dabei eng mit einem Naturschutzverband abgestimmt.

k. Sämtliche Zufahrten und Wege sind in einem wasserdurchlässigen Aufbau auszuführen.

l. Mindestens 30 % der Wohnungen sind als öffentlich geförderte Wohnungen im ersten oder zweiten Förderweg der IFB mit einer Bindung von 30 Jahren zu realisieren. Zusätzlich sollen in angemessenem Umfang Wohnungen mit preisreduzierter Anfangsmiete realisiert werden.

m. Der Vorhabenträger stellt Flächen für eine öffentlich zugängliche Station für die gemeinschaftliche Fahrzeugnutzung im stationsgebundenen Carsharing mit mindestens zwei Fahrzeugen zu Verfügung.

n. Es werden 15 % mehr barrierefreie Wohnungen gebaut als im Sinne der HBauO gefordert sind.

o. Für die gemeinschaftliche Nutzung durch die Bewohner (z.B. als Lese-, Musik-, Hobby-, Event- oder Sportraum etc.) ist mindestens eine geeignete Räumlichkeit zu schaffen und dauerhaft zu erhalten.

p. Die Niederschlagsentwässerung ist möglichst naturnah und dezentral in geeigneten Versickerungsanlagen z.B. Mulden durchzuführen.

q. Kinderspielflächen sind sowohl quantitativ als auch qualitativ mit hochwertigen Geräten auszustatten. Den Anforderungen an die Inklusion soll Rechnung getragen werden.

r. Die Außenanlagen sind so zu gestalten, dass Orte der Begegnung für die Nachbarschaft geschaffen werden und die Gemeinschaft des Quartiers gefördert wird (z.B. durch Sitzgruppen und Tische).

Konkrete Bauvorhaben

Nr.	Einzelvorhaben	Verabredung
1	Lienaustraße	Da die Schulbehörde der nachdrücklichen bezirklichen Forderung nach Wiederöffnung der Schule Lienaustraße leider nicht gefolgt ist, werden die Koalitionspartner nunmehr gemeinsam mit dem LIG der Finanzbehörde eine denkmal-, sport- und klimagerechte Nachnutzung der Liegenschaften forcieren, die das Quartiers Lienaustraße zu einem neuen, gut angenommenen Mittelpunkt im Stadtteil macht und Berne mit der neuen Situation versöhnt. Eckpunkte sind aus Sicht der Koalition die Durchführung eines Bebauungsplanverfahrens mit umfassender Bürgerbeteiligung, der größtmögliche Erhalt des Baumbestandes, Nachpflanzungen im Verhältnis 1:2, umfassender Baumschutz während der Bauarbeiten, umfassende Einbeziehung aller Stakeholder, Gründächer und klimaneutrale Wärmeerzeugung beim Wohnungsneubau, bei dem Baugemeinschaften einzubeziehen und ein autoarmes Quartier anzustreben ist. Um frühzeitig den Stand der Planungen zu erörtern und Ideen aus dem Stadtteil einzubeziehen, soll der Projektentwickler Steg noch vor der Bürgerschaftswahl eine Planungswerkstatt mit neutraler Moderation ermöglichen. Auf dieser Grundlage ist die Planung zügig fortzuführen, um die Situation des Leerstands der denkmalgeschützten Schule nicht zu lange andauern zu lassen.
2	Buchenkamp	Um die gut in das soziale Leben in Volksdorf integrierte Flüchtlingsunterbringung an der Eulenkrugstraße planerisch abzusichern, muss das Bebauungsplanverfahren am Buchenkamp gemäß der getroffenen Beschlüsse zügig (d.h. bis zur Sommerpause 2020) fortgeführt und Vorweggenehmigungsreife erreicht werden. In der jetzigen Planungsphase ist u.a. mit neuen Gesprächen mit der Investorenseite verbindlich abzusichern, dass die von der Koalition geforderte Naturaufwertung insbesondere im rückwärtigen Bereich Richtung Landesgrenze auch vollumfänglich stattfindet. Der Ausschluss jeglicher Bebauung in diesem Bereich ist rechtsverbindlich und dauerhaft abzusichern. Die Zielperspektive im rückwärtigen Bereich muss eine Ausweitung des Naturdenkmals sein, um maximalen Schutz dieser sensiblen Bereiche zu erreichen. Schritte in diese Richtung sind in dieser Legislatur einzuleiten. Die Belange des ortsansässigen Schäfers und die Ausweitung der ökologischen Landwirtschaft müssen Bestandteile der weiteren Planung sein.
3	Wiesenredder	• Vergrößerung der Freifläche zwischen Wohnbebauung und Stellau • Öffentliche Beteiligung bzgl. Ausstattung der Freifläche • Freibadpreis für das Kombi-Bad für die gesamte Freibadsaison, Evaluation nach 5 Jahren
4	Wandsbeker Tor	Ziel muss es sein, dass das Wandsbeker Tor weder ein Fremdkörper, noch eine mehr oder weniger erträgliche Zweckbebauung wird, sondern dass die Chancen für die Schaffung eines besonderen Identifikationspunktes ergriffen werden. Die wirtschaftliche Ausnutzung der vergleichsweise kleinen Grundfläche und die Marktlage für eine solche Immobilie am urbanen Rand der Stadt Hamburg mit optimaler Anbindung an den ÖPNV, den Flughafen, die

		Autobahn und das Einzelhandelszentrum Wandsbek City lassen einen breiten Spielraum zu. Daher kommt gerade hier der Kommunalpolitik eine wichtige Rolle zu, um von Beginn an sicherzustellen, dass dieses für Wandsbek einmalige Bauvorhaben architektonisch, städtebaulich und hinsichtlich seiner Nutzungsangebote gelingt. Bestandteil muss dabei auch eine vorbildhafte nachhaltige Ausrichtung sein.
5	Rahmenplanung Steilshoop-Nord	• Gespräche mit Stadtteilgremien weiterführen • Gewerbe und/ oder Gastronomie prüfen • Umsetzung des Wettbewerbsergebnisses "Steilshoop Rahmenplanung Nord" in den Bebauungsplanverfahren Steilshoop 10 und 11 • Perspektiven zur Weiterentwicklung der "Parkplatzfläche" für alternative Nutzungen im öffentlichen Dialog prüfen • Ideenwettbewerb (z.B. HCU, Kreative, Stadtteilinitiativen, Architekten) für "Parkplatzfläche"

Intakte Umwelt und Klimaschutz im Bezirk

Die rot-grüne Koalition kämpft für eine lebenswerte Umwelt, für saubere Luft, unbelastetes Wasser, lebendige Böden und eine intakte Natur. Wir wollen eine Umwelt, die Menschen nicht krank macht und kommenden Generationen eine lebenswerte Welt sichert. Es gilt deshalb insbesondere, den Verlust der biologischen und genetischen Vielfalt zu verlangsamen und um verstärkte Anstrengungen im Klimaschutz, um den Klimawandel und dessen Folgen abzumindern.

Hierfür haben wir uns u.a. für den Erhalt natürlicher Lebensräume und die Pflanzung von heimischen, ökologisch wertvollen Bäumen und Gehölzen eingesetzt und durch die Anlage von naturnahen Blühflächen und Zwiebelpflanzungen zusätzliche Lebensräume insbesondere für Wildbienen, Schmetterlinge und andere Insekten geschaffen. Aus einem Fördertopf von 50.000 € können Patinnen und Paten Gelder für die ökologische Pflege öffentlicher Grünflächen beantragen.

Außerdem haben wir ein Integriertes Klimaschutzkonzept für Wandsbek auf den Weg gebracht, in dessen Rahmen Strategien und Maßnahmen für unterschiedliche Bereiche des Klimaschutzes entwickelt werden sollen - unter breiter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

Dafür brauchen wir eine starke, engagierte, flexible und gut ausgestattete Bezirksverwaltung. Wir wollen die Bezirksverwaltung dafür finanziell und personell stärken.

Die Koalition ist sich einig, dass

- eine effektive und durchsetzungsstarke Grün- und Naturschutzverwaltung benötigt wird,
- mehr Mittel für die Besetzung vakanter Personalstellen und die Gewinnung von zusätzlichem, qualifiziertem Personal zur Verfügung gestellt werden müssen,
- bezirkliche Umweltauflagen bei Baumaßnahmen (z. B. Gründächer, Nachpflanzungen, Vorgartengestaltung) besser durchgesetzt werden sollen,
- es mehr Öffentlichkeits- und Informationsarbeit, besonders im Bereich Klima-, Umwelt- sowie Verbraucherschutz geben soll und
- konstruktiv mit den Naturschutz- und anderen Verbänden kooperiert wird.

Grünes Wandsbek

Im Bezirk Wandsbek haben wir ein weiteres Gebiet unter Naturschutz gestellt: In Vorbereitung sind die neuen Naturschutzgebiete Duvenwischen (bereits erfolgt) in Volksdorf (43 Hektar) und Diekbek in Duvenstedt (31 Hektar) sowie die Erweiterung der beiden Rahlstedter Naturschutzgebiete Höltigbaum und Stapelfelder Moor um insgesamt 25,4 Hektar.

Damit werden zukünftig insgesamt 2.166 Hektar im Bezirk Wandsbek unter Naturschutz stehen (einschließlich Naturdenkmale), das sind 14,7 Prozent der Fläche des Bezirks, 50 Prozent mehr als hamburgweit.

Nach dem OVG Urteil zum Bebauungsplan Wohldorf-Ohlstedt 13 besteht die Chance zu einem echten Naturschutzkonsens mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Im Sinne der hierzu gefassten Beschlüsse von Bürgerschaft und Bezirksversammlung sollen die beteiligten

Finanz-, Umwelt- und Stadtentwicklungsbehörde zusammen mit dem Bezirk noch vor der Bürgerschaftswahl einen Zeitplan für die Schritte hin zur von uns gewünschten Zielperspektive ökologische Aufwertung und Naturschutzausweisung der Flächen erarbeiten und vorlegen. Das Immobilienmanagement der Finanzbehörde soll als Flächeneigentümer prüfen, inwieweit laufende Pachtverträge diese Anforderungen schon heute berücksichtigen können. Neue Pachtverträge sollen nicht mehr abgeschlossen werden. Wir wollen als Koalition die Differenzen der Vergangenheit beilegen und zu einem Naturschutzkonsens für Ohlstedt beitragen.

Mit dem Landschaftsprojekt Große Heide werden wir die östliche Rahlstedter Feldmark für die Naherholung weiterentwickeln und aufwerten.

Ökologisch wertvolle Naturflächen, Bäume und das Stadtgrün haben viele Funktionen: Neben ökologischen Dienstleistungen wie dem Schutz des Bodens, der Verbesserung des Kleinklimas und der Regulierung des Wasserhaushalts bieten sie Lebensraum für Tiere und Pflanzen, aber auch Erholungs- und Freizeitwert für Bürgerinnen und Bürger.

Wir stehen für einen größtmöglichen Erhalt des Grüns in unserem Bezirk. Dazu gehören der Schutz und die Pflege von Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten, aber auch der Erhalt, die Pflege und die Neuanlage von Parks – und weniger Versiegelung. Auch Städte können viele unterschiedliche Biotope und damit vielfältige Lebensräume für Tiere bieten, wenn sie entsprechend gestaltet werden.

Wichtig ist es auch, ökologische Pflegeansätze vor Ort zu kommunizieren, damit klar ist, warum es auch mal „unordentlich" aussehen darf. Insbesondere der Artenvielfalt kommt ein „ökologisches Stadtgrün" zu Gute.

Wir sorgen für

- die Umsetzung des gesetzlichen Biotopverbunds, indem die vorgesehenen Flächen gesichert und entwickelt werden,
- darüber hinaus die Förderung von Biotopverbünden durch kleine Biodiversitätsinseln, die als Trittsteinbiotope für Kleinlebewesen dienen können z.B. ökologische Gestaltung von Baumscheiben, Teilen von öffentlichen Grünanlagen, Straßenränder und anderen,
- die Unterstützung bürgerlichen Engagements für öffentliches Grün (Parkvereine, Urban Gardening, interkulturelle Gärten sowie Grün-, Bach- und Baumpatenschaften),
- die Fortführung, Ausweitung und entsprechende finanzielle Absicherung des Projektes „Grünpatenschaften" auf öffentlichen Flächen (Drs. 20-6120),
- die Anlage weiterer Blühflächen und Zwiebelpflanzungen im öffentlichen Raum. Dafür werden wir ein Budget hinterlegen;
- die Erstellung ökologisch orientierter Pflege- und Entwicklungspläne (PEP) für öffentliche Grünanlagen und Straßenbegleitgrün Für jeden Regionalbereich wird ein Pilot-PEP erstellt,
- ökologisches Mahd-Management, Teilflächen- bzw. Mosaikmahd, spätere und eingeschränkte Mahd,
- die Pflanzung von vorrangig heimischen Bäumen, Sträuchern und Stauden mit einem hohen ökologischen Wert. Bei der Auswahl von Straßenbäumen müssen auch die

schwierigen und extremen Standortbedingungen beachtet werden (siehe auch Abschnitt „Baumreiches Wandsbek“);

- mehr „Wildnis“ (Sukzessionsflächen, nährstoffarme und trockene Sonderstandorte, Buschwerk, Tot- und Altholz),
- eine ökologische Gestaltung von Straßenbegleitgrün und Baumscheiben, möglichst ohne Versiegelung und Verwendung von Schottermaterialien,
- verbindliche Pflanzvorgaben in Bebauungsplänen mit vorrangig heimischen, standortgerechten Bäumen, Sträuchern und Hecken, die einen hohen Wert als Lebensraum und Nahrungsangebot für Tiere bieten. Zu diesem Zweck erstellen wir eine Positivliste;
- mehr Dach- und Fassadenbegrünung (z.B. vertikale Gärten), Formulierung aus Stadtplanung übernehmen Mehr Nist- und Überwinterungsmöglichkeiten für Fledermäuse, Gebäudebrüter und Insekten,
- eine naturnahe Erhaltung und Renaturierung unserer Gewässer einschließlich ihrer Uferzonen gemäß der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL),
- einen Ausschluss der Verwendung von Pestiziden im öffentlichen Raum (Ausnahmen dürfen nur nach Beschluss im Ausschuss und der Bezirksversammlung möglich sein) und
- eine aktive Begleitung aller ökologischen Projekte mit Öffentlichkeitsarbeit (z. B. Website, Broschüren und Medienarbeit sowie Beratung) durch das Bezirksamt.

Wir setzten uns ein für einen Verzicht von Lausaugern und -bläsern und eine insektenfreundliche Beleuchtung

Parks und öffentliche Grünanlagen

Im Zuge der Weiterentwicklung von Quartieren und der Nachverdichtung durch insbesondere Wohnbebauung ist es von großer Bedeutung, dass die Verbesserung der Erholungs- und Erlebnisqualität der Parks unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte vorangebracht wird. In allen Bereichen des Bezirks müssen Naherholungsbereiche fußläufig erreichbar sein.

Im Fokus stehen für SPD und Grüne die folgenden Maßnahmen:

- Im gesamten Wandse-Grünzug soll orientiert am Wandse-Gutachten das bisher weitgehend ungeordnete Wegenetz durch die Etablierung einer durchgängigen Hauptwegeverbindung mit baulich einheitlicher und barrierefreier Ausformung und Beschilderung sowie möglicherweise Beleuchtung deutlich verbessert werden. Querende Straßen sollen in ihrem Verlauf zur Optimierung der Nahtstellen zum Grünzug teilweise umgestaltet werden. Bei der Umsetzung sollen die Ergebnisse des Otto-Linne-Preises 2019 einbezogen werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass der Eichtalpark als Teil des Wandse-Grünzuges stärker aufgewertet und erlebbarer wird. Dabei setzen wir uns für die Einwerbung von Bundesmitteln ein.
- Barrierefreiheit und eine bessere Ausschilderung des Wegenetzes sollen auch entlang des Alsterwanderwegs umgesetzt werden.

- Wir setzen uns bezirksübergreifend dafür ein, dass die geplante Aufwertung des Öjendorfer Parks auch den Menschen in Jenfeld zu Gute kommt und bei der Grundsanierung die Jenfelder Bevölkerung einbezogen wird
- Für den nördlichen Teil des Mühlenteichparks haben wir die Fortführung der Parksanierung des südlichen Teils und eine Neugestaltung der Uferbereiche auf den Weg gebracht. Hier soll es nun zügig weitergehen.
- Nach dem Rückbau der Flüchtlingsunterkunft im Jenfelder Moorpark wird die Parkfläche entsprechend des mit breiter Beteiligung erarbeiteten Masterplans wieder vollkommen instandgesetzt und aufgewertet.
- Wir setzen uns dafür ein, den so genannten Hanni-Park in Oldenfelde zu einer öffentlichen Grünanlage des Bezirks machen.
- Wir wollen, dass der Liliencronpark aufgewertet wird.
- Dort wo es notwendig ist, soll die Schaffung weiterer Hundeauslaufflächen geprüft werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Aufenthaltsqualität in den Grünanlagen weiter verbessert wird. Durch die 2018 gestartete Sauberkeitsinitiative der Stadt und den erheblich gesteigerten Einsatz der Stadtreinigung profitieren auch die bezirklichen Grün- und Erholungsanlagen: mehr Papierkörbe und eine häufigere Reinigung und Pflege sorgen für Sauberkeit und helfen mit, die Umwelt zu schützen und erlebbar zu machen.

Fußgängerbrücken und Sitzbänke

Unsere vielen Fußgängerbrücken müssen, wo es notwendig ist, wieder in einen guten und sicheren Zustand versetzt werden. Die Sitzbänke im Bezirk müssen erhalten und neue Standorte geprüft werden, u. a. an Bushaltestellen ohne Fahrgastunterstand. Im Sinne der Barrierefreiheit sollten Sitzmöglichkeiten mit Seitenlehnen eingesetzt werden. Wir setzen uns ein für die Verwendung ökologischer und nachhaltiger Materialien.

Spielplätze

Spielplätze sind die kleinsten sozialen Einrichtungen unseres Bezirks. Gerade Menschen ohne ein hohes Einkommen sind auf ein ausreichendes, gutes und nutzbares Angebot von Spielmöglichkeiten für Kinder angewiesen. Mit der Sanierungsstrategie des Senats bringen wir im Bezirk unsere Spielplätze wieder in Ordnung. Bei den Spielplätzen und Grünanlagen wird eine Erhaltungsstrategie gemeinsam zwischen Landes- und Bezirksebene geplant und umgesetzt.

- Wir wollen ein Sanierungsprogramm für die Wandsbeker Spielplätze auflegen. Dabei sollen neben dem Zustand und der quantitativen Anzahl auch soziale Aspekte bei der Prioritätensetzung berücksichtigt werden. Wir werden dem Sanierungsprogramm bei der Erstellung der Arbeitsprogramme eine hohe Priorität einräumen.
- Um Planungskapazitäten zu sparen und die Realisierung von Spielplatzsanierungen zu beschleunigen, wollen wir erreichen, dass ein Katalog geeigneter Spielgeräte aus einem

bestimmten Pool von Geräteanbietern zusammengestellt wird. Daraus lassen sich ortsangepasst individuelle Angebote zusammenstellen, die aber wiederholte Neuplanungen vermeiden und Sammelbestellungen ermöglichen.

- Bei den Sanierungsprojekten soll regelhaft geprüft werden, dass auch der Anteil an inklusiven Spielmöglichkeiten erhöht wird.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Regelungen in der Hamburgischen Bauordnung über Spielgeräte auf Spielplätzen an die neuesten pädagogischen Erkenntnisse angepasst werden.
- Auch generationenübergreifende Spiel- und Bewegungsangebote sollen berücksichtigt werden.
- Wir setzen uns für ein vielfältiges Spielplatzangebot im Bezirk ein. Hierzu zählen u.a. mindestens ein inklusiver Spielplatz, ein Spielplatz als Naturerlebnisfläche und ein Wasserspielplatz.
- Wir wollen bei der Sanierung von bestehenden Spielplätzen stets prüfen, wo Bereiche für Naturerlebnis und inklusives Spielen geschaffen werden können.

Baumreiches Wandsbek

Bäume helfen, die Auswirkungen des Klimawandels zu mindern, indem sie Kohlendioxid binden und Sauerstoff produzieren sowie durch ihre Verdunstung die Luftfeuchtigkeit erhöhen und die Umgebung abkühlen. Sie reduzieren die Windgeschwindigkeit und schützen vor Lärm, filtern Feinstaub und andere Schadstoffe aus der Luft und spenden zudem Schatten. Darüber hinaus bieten sie Lebensraum und Nahrungsangebot für eine Vielzahl von Tieren. Bäume prägen das Stadtbild, sind wichtiger Bestandteil der Quartiere und geben den Menschen Heimat in den jeweiligen Erscheinungsformen der wechselnden Jahreszeiten.

Bäume benötigen deshalb besonderen Schutz und Pflege. Wir müssen große Anstrengungen unternehmen, um einen großen, vielfältigen Bestand an Bäumen zu erhalten und neu zu pflanzen.

Daher setzt sich die rot-grüne Koalition dafür ein, dass

- auch künftig bei Planungen zu Straßenbaumaßnahmen darauf geachtet wird, dass der vorhandene Baumbestand geschützt wird. Sollten Baumfällungen notwendig sein, soll eine entsprechende Ersatzpflanzung vorrangig mit Straßenbäumen möglichst ortsnah geplant und vorgenommen werden. Der Ausgleich soll verpflichtend mindestens im Verhältnis 1:1,5 vorgenommen werden. Dabei soll sich der Ersatz an der ökologischen Wertigkeit und dem Grünvolumen der zu fällenden Bäume orientieren;
- der Rückstand an Nachpflanzungen sukzessive ausgeglichen wird,
- die in Wandsbek neu eingeführte baumoptimierte Planungsbilanz zur Abwägung von Varianten für einen möglichst weitgehenden Baumerhalt auch bei Maßnahmen des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer eingesetzt wird;
- der Straßenbaumbestand an die Folgen des Klimawandels angepasst wird. Dazu gehört eine hohe Resistenz gegen Trockenheit und Hitze, aber auch eine hohe Artenvielfalt. Diese wird benötigt, um die Lebensgrundlage für eine hohe Biodiversität von Insekten

und Vögeln zu erhalten und auszubauen und ist zudem wichtig für die Risikostreuung. Wenn einzelne Arten versagen, wird dies über eine gute Durchmischung abgefedert. Zur Orientierung für die Auswahl sollte neben der GALK-Liste [Deutsche Gartenamtsleiterkonferenz] die „Düsseldorfer Zukunftsbaumliste“ hinzugezogen werden. In ihr sind zusätzlich noch die KLAM-Werte (KlimaArtenMatrix für Stadtbäume, Roloff), die Eignung als Bienenweide (BUND) sowie weitere Erfahrungswerte eingeflossen. Entstanden ist eine Straßenbaumliste mit vielen umfangreichen Informationen als Entscheidungshilfe für Nachpflanzungen:

https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt68/gartenamt/pdf/strassengruen/68_Baumliste_2016_web.pdf

In beiden Listen sind auch heimische klimaresistente Arten bzw. deren Sorten genannt, die vorrangig gepflanzt werden sollten, wenn es die Standortbedingungen erlauben. Da diese Arten ihren angestammten Platz im Naturhaushalt haben und einer großen Zahl heimischer Tierarten Lebensraum und Nahrung bieten, wollen wir, dass eine Liste mit bevorzugten Arten gemeinsam von den Ausschüssen und der Verwaltung erarbeitet wird;

- die Standortbedingungen generell hinsichtlich Belüftung und Bewässerung optimiert werden, um den Bäumen ein Überleben auch unter den erschwerten Bedingungen in der Stadt zu ermöglichen. Dies gilt insbesondere für Neuanlagen, sollte aber auch gerade bei älteren Baumbeständen (älter als 40 Jahre) in Betracht gezogen werden;
- die Bäume vor parkenden Autos und anderen mechanischen Schäden (z.B. Straßensanierungen, Wohnungsbau) wirksam geschützt werden,
- insbesondere alte Bäume wie auch Neupflanzungen geschützt und gepflegt werden (z. B. indem eine ausreichende Bewässerung erfolgt),
- ein ökologischer Gehölz- und Baumschnitt eingehalten wird,
- ein digitaler Kataster der besonders schutzwürdigen Bäume im Bezirk aufgebaut wird und nicht alle abgestorbenen Bäume in Grünanlagen komplett entfernt werden, sondern einzelne Bäume– im Rahmen der Verkehrssicherheit – als Biotopbäume stehen bleiben oder in einigen Metern Höhe gekappt werden,
- nach dem Vorbild bestehender Managementsysteme auch ein ähnliches Erhaltungsmanagement für unsere Waldflächen eingeführt wird,
- auch private Fällungen nach Fällgenehmigungen und Nachpflanzungen systematisch dokumentiert werden und
- im Bezirk Wandsbek eine Aufforstungsfläche geschaffen wird. Hierfür soll unter enger Beteiligung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Verbraucherschutz ein Konzept erstellt werden.

Klimagerechtes Wandsbek

Vor dem Hintergrund des weltweiten Klimawandels muss auch die Wandsbeker Kommunalpolitik mit umfassenden Ideen und differenzierten Maßnahmen reagieren. Neben der Reduzierung des CO2– Ausstoßes sind hier besonders Maßnahmen zur Abkühlung des Stadtklimas wichtig sowie weitere Strategien und Maßnahmen, um die Folgen des Klimawandels zu mindern.

Daher setzen wir uns als rot-grüne Koalition ein für

- die Weiterentwicklung und Umsetzung des bezirklichen Klimaschutzkonzeptes sowie ein wirkungsvolles, öffentlich zugängliches Monitoring der Realisierung der beschlossenen Maßnahmen. Für die Umsetzung müssen finanzielle und personelle Mittel bereitgestellt werden. Zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes werden wir aus Fördermitteln die Stelle eines Klimaschutzmanagers oder einer -managerin beantragen Um eine/n hochqualifizierte Bewerber/-in zu einstellen zu können, ist die Stelle von vornherein unbefristet einzurichten. Wir setzen uns dafür ein, dass eine Folgefinanzierung nach der Förderbewilligung garantiert ist;
- eine angemessene Beteiligung des Bezirks an der Erarbeitung und Umsetzung des Klimaplans des Senats,
- den Erhalt und die Weiterentwicklung von Flächen für Kaltluftbildung wie Grünachsen, Knicks, Wasser- und Moorflächen, Feuchtwiesen sowie urbane Mischwaldstücke und
- die Entsiegelung von öffentlichen Flächen wo dies möglich ist. Bei unvermeidbaren Neuversiegelungen (z.B. Wegeführungen) sollen eine wasserdurchlässige Bauweise und nachhaltige ökologische Materialien gewählt werden.

Regenwassermanagement und Überschwemmungsgebiete

Wir setzen uns ein für

- den Ausbau des dezentralen Regenwassermanagements mit Nutzungsmöglichkeiten für Wasser- und Feuchtbiotope,
- die Ausweisung von Retentionsflächen, sowie die Schaffung neuer tiefer liegenden Ausweichflächen, auf denen sich das Wasser z. B. bei Starkregen sammeln kann,
- die Zwischenspeicherung von Niederschlagswasser in unterirdischen Zisternen ,
- die Nutzung des zwischengespeicherten Wassers zur Bewässerung von Bäumen und Grünflächen in Trockenperioden,
- die Nutzung von Niederschlagswasser für den Betrieb von Wasserspielen und Brunnen im öffentlichen Raum und
- die Nutzung aller Möglichkeiten durch den Bezirk, um bei ausgewiesenen Überschwemmungsgebieten auf Grundlage des Wasserhaushaltsgesetzes die Beeinträchtigungen für die Anliegerinnen und Anlieger weiter zu verringern. Dazu gehört auch die Verbesserung von Retentionsmöglichkeiten.

Verbraucherfreundliches Wandsbek

Verbraucherschutz betrifft alle Menschen in fast jedem Lebensbereich, vom täglichen Einkauf bis zur Altersvorsorge, analog und digital. Dazu gehört auf der einen Seite eine transparente, verständliche und umfassende Information der Verbraucherinnen und Verbraucher bei allen Produktbereichen, auf der anderen Seite die staatliche Sicherstellung und Überwachung der Einhaltung aller Gesetze zu Gunsten der Konsumentinnen und Konsumenten.

In Wandsbek wollen wir die Kennzeichnung von Lebensmitteln in öffentlichen Kantinen ausbauen, weil auch hier das Recht auf eine informierte Entscheidung gestärkt werden muss. Vegetarische und nicht vegetarische Gerichte sollen möglichst gleichberechtigt angeboten und ausgewiesen werden. Den Anteil von ökologisch erzeugten, regionalen und saisonalen Lebensmitteln wollen wir dabei konsequent steigern.

Außerdem wollen wir die Förderung von ökologischem und fairem Konsum und Handel vorantreiben. Hamburg ist „Fairtrade Stadt“ und im Netzwerk der Bio-Städte. Diese Konzepte und die Maßnahmen wollen wir auch in Wandsbek aktiv unterstützen.

Daher setzen wir uns als rot-grüne Koalition ein für

- kontinuierlich steigende Anteile von Bio-Lebensmitteln und Fairtrade- Produkten im Speiseangebot bei Neuausschreibung der Kantine im Bezirksamt,
- ein Angebot von „klimafreundlichen“ Menüs in öffentlichen Kantinen,
- die Förderung von ökologischem und plastikarmen/-freiem Konsum,
- müll- und plastikarme sowie mehrwegfördernde Events im Bezirk,
- verbesserte Rahmenbedingungen für Mülltrennung und Recycling (z. B. mehr Recyclingcontainer) für Privathaushalte und das Gewerbe,
- eine Sensibilisierung von Verwaltung, öffentlichen und privaten Unternehmen sowie allen Bürgerinnen und Bürgern für den Konsum von fair gehandelten Produkten,
- einen „essbaren“ Bezirk Wandsbek durch die Pflanzung von mehr Obstgehölzen, Beeren- und Nusssträuchern, Nussbäumen und Esskastanien im öffentlichen Raum (Pflanzung und Pflege durch das Bezirksamt und /oder Bereitstellung von geeigneten Flächen),
- die Aufstellung von Trinkwasserspendern im öffentlichen Raum und
- die Unterstützung nachhaltiger, ökologischer und regionaler Landwirtschafts- und Gartenbau-/Gärtnereibetrieben sowie regionaler Vertriebswege durch z.B. Hofläden.

Fluglärm

Der Flughafen Hamburg ist zwar für Hamburg und seine Mobilität von immenser Bedeutung, muss aber aus Sicht des Bezirks als großer innerstädtischer Flughafen den Interessen der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern insbesondere hinsichtlich Gesundheitsschutz und Lebensqualität in stärkerer Weise Rechnung tragen und den neuen Anforderungen an den Klimaschutz gerecht werden.

Unter Berücksichtigung der bestehenden Betriebsgenehmigung und der Beschlusslage der Bezirksversammlung (auch zu den Airbus-Testflügen, Drs. 20-4463) setzen wir uns dafür ein, dass

- zusätzliche Lärmausgleichszahlungen seitens der Stadt vereinbart werden, die schon deutlich vor Erreichen des überdimensionierten Lärmkontingents greifen,
- zusätzliche Mittel für passiven Lärmschutz bereitgestellt und die Fluglärmschutzzonen auch in unserem Bezirk ausgeweitet werden,
- die (endlich greifenden) Maßnahmen im Rahmen der Vorgaben der Ersuchen der Bürgerschaft zur Einhaltung der Betriebszeiten konsequent weiter umgesetzt und bei Nichteinhaltung weiter verschärft werden und
- die Flughafen-Gesellschaft selbst verbindlich zur Klimaneutralität verpflichtet wird, alle Anstrengungen unternimmt, die flugbedingten CO2-Emmissionen zu reduzieren und dazu insbesondere die Betankung mit nachhaltigem Treibstoff in Hamburg vorantreibt.

Wir wollen erreichen, dass der Bezirk Wandsbek in der Fluglärmkommission vor dem Hintergrund der besonderen Betroffenheit aufgrund der hohen Anzahl an Landungsvorgängen, die über dem Bezirk abgewickelt werden, mit einer höheren Anzahl an Vertreterinnen und Vertretern repräsentiert wird.

Mobilität in Wandsbek

Hamburg ist eine wachsende Stadt. Dies führt zu mehr Verkehr ohne dass sich die Verkehrsflächen vergrößern lassen. Um Mobilität gewährleisten zu können ist es von besonderer Bedeutung, die Verkehrsmittel zu fördern, die nur einen geringen Flächenbedarf haben. Für immer mehr Menschen in der Stadt ist die Mobilität ein Schlüsselbereich unserer Politik. Wir wollen eine zeitgemäße Mobilität und unsere Politik in diesem Bereich mutig umsetzen und Veränderungen ermöglichen mit dem Ziel, unsere Umwelt zu schonen und Flächen zu schützen – wir brauchen eine Verkehrswende.

Wir haben den Anspruch, den zunehmenden Stau in unserer Stadt zu vermeiden. Wir möchten den öffentlichen Raum neu in den Fokus nehmen. Dabei wollen wir die Menschen so wenig wie möglich im Alltag einschränken und haben den Anspruch an eine hohe Verkehrsleistung.

Ziel unserer Verkehrspolitik ist eine gute Mobilität für alle. Dabei wissen wir: Die Verkehrswende erreichen wir nur, indem der Anteil des Umweltverbunds (ÖPNV, Fuß- und Radverkehr) am Gesamtverkehrsaufkommen deutlich steigt. Wir wollen, dass Hamburg Fahrradstadt wird. Wir richten unsere Politik an modernen Entwicklungen aus und berücksichtigen zukünftige Verkehrsentwicklungen und -versuche in unseren Planungen.

Wir sehen es als unsere Aufgabe an, neben dem Fuß- und dem Radverkehr die Nutzung des ÖPNV so zu fördern, dass eine flächendeckende Nutzung im Bezirk ohne Barrieren möglich ist. Wir sehen es weiter als unsere Aufgabe an, durch gute und realistische verkehrliche Alternativen dafür Sorge zu tragen, dass der motorisierte Individualverkehr möglichst wenig zum Einsatz kommt.

Besonderes Augenmerk wollen wir dabei auf die Gebiete am Rande des Bezirks legen. Hier klagen die Menschen über mangelnde Querverbindungen, aber auch über geringe Taktungen. Hier wollen wir alltagstauglichen Verbesserungen durchsetzen – z.B. bessere Verbindungen von und zu den Schnellbahnhaltestellen.

Wir betrachten unsere Verkehrspolitik immer unter dem Aspekt der Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer, damit alle Menschen im öffentlichen Raum bequem, umweltschonend und sicher ihr Ziel erreichen.

Förderung des Fußverkehrs

Rund ein Viertel unserer Wege legen wir zu Fuß zurück. Hierbei sind besonders Barrierefreiheit und gute Verbindungswege von großer Bedeutung. Aus diesem Grund wollen wir insbesondere den Zustand der Gehwege deutlich verbessern. Oftmals können wir mit kleinen Maßnahmen schnell mehr Komfort erreichen. Wir wollen kleinere Maßnahmen zur Sanierung schneller umsetzen und insbesondere die fußläufige Erreichbarkeit von Schnellbahnhaltestellen, etwa durch verbesserte Verbindungswege, stärken. Wir wollen das Erhaltungsmanagement für Gehwege intensivieren.

Die Beleuchtung auf Gehwegen soll sukzessive ökologischen Standards entsprechen.

Für die sichere Überquerung, besonders an Hauptverkehrsstraßen, wollen wir mehr Querungshilfen für Fußgängerinnen und Fußgänger und eine Verlängerung der Grünzeiten an Ampeln.

Für eine langfristig durchdachte Fußverkehrspolitik brauchen wir zudem klare Fußgängerkonzepte für die Quartierszentren. Hier wollen wir mindestens ein Fußgängerkonzept auf den Weg bringen.

Förderung des Radverkehrs

Immer mehr Menschen steigen auf das Rad um, auch für längere Strecken. Wir wollen diesem Trend entsprechend eine Politik anbieten, die dem Rad seinen verdienten Stellenwert einräumt. Wir wollen, dass Hamburg Fahrradstadt wird.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir

- das Bündnis für Radverkehr unterstützen und Folgevereinbarungen offen gegenüber stehen,
- gute Radverkehrsanlagen (Radfahrstreifen, Schutzstreifen, Radwege, auch nicht benutzungspflichtige, Fahrradstraßen, Mischverkehre, Service-Lösungen) schaffen und in jedem Einzelfall die für die örtlichen Gegebenheiten beste Lösung umsetzen,
- jährlich mindestens 8 km Fahrradstrecke auf Bezirksstraßen herrichten, vorrangig benutzungspflichtige Radwege, die nicht in Kürze grundinstand gesetzt werden,
- die Einrichtung ausreichend breiter Radfahrstreifen oder Schutzstreifen auf den Fahrbahnen voranbringen, für eine bessere Sichtbeziehung zwischen Kfz-Fahrern und Radfahrern und zur Vermeidung von Konflikten zwischen Rad- und Fußverkehr,
- das Bike & Ride- Entwicklungskonzept unterstützen. Dazu gehört für uns auch, einen besonderen Fokus auf die Radverkehrsverbindungen von und zu den Schnellbahnhaltestellen bzw. Quartierszentren zu legen;
- die Ausweitung der Stadtrad-Stationen unterstützen, auch in den Randgebieten,
- weitere StadtRad-Stationen an Schnellbahnhaltestellen und dabei die Standorte so auswählen, dass für die Nutzerinnen und Nutzer des StadtRads eine optimale Anbindung an den ÖPNV besteht. Um ungünstige Lagen für StadtRad-Stationen, wie etwa in Farmsen, zu vermeiden, müssen wir im Abwägungsprozess auch die Möglichkeit der Nutzung von Flächen in Betracht ziehen, die derzeit zum Parken von Pkw genutzt werden;
- eine besondere Fokussierung auf die Verbesserung der Radinfrastruktur auf Schulwegen und hierfür Radverkehrskonzepte für Schulumfelde erstellen, um bestmögliche Maßnahmen umsetzen zu können. Hierfür bietet es sich an, diese Bedarfe bei den Planungen und Umsetzungen von Velorouten zu berücksichtigen;
- uns für ein eigenes Lichtsignal für Radfahrer einsetzen, wo es bislang nur ein gemeinsames Lichtsignal für Fußgänger und Radfahrer gibt, um so die für Radfahrer unverhältnismäßig langen Rotphasen zu verkürzen und
- Radschnellwege mit dem Umland verknüpfen und unterstützen.

Konkret wollen wir

- die Errichtung einer Fahrradstraße in der Fabriciusstraße in einem ersten Abschnitt nördlich des Seekamps voranbringen. Dies würde an dieser Stelle auch den Verlauf der Veloroute begünstigen. Die Einrichtung weiterer Fahrradstraßen wird gutachterlich geprüft;

- uns für eine deutliche Verbesserung der Radfahrbedingungen in der Walddörferstraße im Rahmen der Grundinstandsetzungen einsetzen,
- uns bei den Landesbehörden dafür einsetzen, dass auf der Veloroute 7 im Abschnitt Bärenallee ausreichend breite Radfahrstreifen bzw. Schutzstreifen (mind. 2,0 m Breite) eingerichtet werden, ggf. durch die Schaffung einer Einbahnstraße zwischen der Claudiusstraße und der westlichen Einmündung des Knutzenwegs, wobei unter Freigabe des Radverkehrs in Gegenrichtung die Fahrtrichtung stadteinwärts führen sollte (die dort verkehrende Buslinie fährt dort ebenfalls nur in Fahrtrichtung stadteinwärts; in Gegenrichtung fährt der Bus über die Wandsbeker Marktstraße),
- jährlich mindestens 200 zusätzliche, möglichst vandalismus- und diebstahlsichere Abstellmöglichkeiten an geeigneten Stellen im öffentlichen Raum für Fahrräder und Lastenräder schaffen,
- an der U-Trabrennbahn mindestens 140 zusätzliche Fahrradabstellplätze realisieren,
- an der U-Bahn-Haltestelle Farmsen zusätzlich mindestens 180 neue Abstellmöglichkeiten für Fahrräder schaffen,
- die Zugänglichkeit und Attraktivität der nordwestlich zur Straße „An der Walddörferbahn“ gelegenen Fahrradabstellanlage verbessern,
- die Radwegeverbindung zwischen Duvenstedt und Lemsahl, die insbesondere für Schulkinder wichtig ist, im Rahmen der Grundinstandsetzung der Lemsahler Landstraße und der Poppenbüttler Chaussee verbessern und
- mindestens eine Protected Bike Lane (PBL) errichten. Die Errichtung von PBLs ergibt dort Sinn, wo der Radverkehr besonders räumlich vor dem motorisierten Verkehr geschützt sein soll, also an Hauptverkehrsstraßen mit hohem Verkehrsaufkommen. Wir sprechen uns vorrangig für die Errichtung einer PBL an der Wandsbeker Chaussee (ab Ecke Hammer Straße stadteinwärts) aus.

Förderung des ÖPNV

Für längere Strecken innerhalb der Stadt nutzen die Menschen nach wie vor besonders die Möglichkeiten des ÖPNV. Busse und Bahnen sind in der Mobilität nicht wegzudenken und müssen besonders gefördert werden, da sie für alle Personengruppen nutzbar sind. Wir werden uns insbesondere dafür einsetzen, den ÖPNV in unserem Bezirk, besonders in den Randgebieten, stark zu fördern.

Wir wollen

- eine bessere Taktung der Busse, die zu Schnellbahnhaltestellen führen, insbesondere in den Walddörfern und im Alstertal,
- die Schaffung von mehr Querverbindungen und eine bessere Taktung der U1 insbesondere in Richtung Ohlstedt,
- den Ausbau des schienengebundenen ÖPNV unterstützen, insbesondere die Planungen und den Ausbau der S4 und der U5,

- das Freihalten von Verkehrs-Trassen (ober- wie unterirdisch) für eine schienengebundene Verbindung von Bramfeld über Farmsen nach Rahlstedt und von der Horner Geest nach Jenfeld,
- uns für bessere Busverbindungen zu den Nachbargemeinden einsetzen, denn unsere Politik für die Ausweitung von ÖPNV-Angeboten darf nicht an Hamburgs Grenzen enden,
- die Vernetzung von Angeboten voranbringen, damit Carsharing und Sammeltaxi-Systeme auch in Wandsbek gefördert werden und insbesondere in den Randgebiete ankommen, und
- den Ausbau barrierefreier Haltestellen unterstützen, auch mit Haltestellenüberdachungen und Sitzmöglichkeiten, besonders in Randgebieten mit geringer Taktung und damit längeren Wartezeiten.

Förderung des stationsbasierten Carsharing

Als sinnvolle Alternative zum eigenen Pkw, der häufig die meiste Zeit des Tages lediglich im öffentlichen Raum abgestellt ist, wollen wir das Carsharing als Möglichkeit der gemeinsamen Nutzung von Fahrzeugen weiter fördern.

Hierfür werden wir

- die Einrichtung neuer Carsharing-Stationen im öffentlichen Raum für stationsbasiertes Carsharing unterstützen mit dem Ziel, ein flächendeckendes Netz an Carsharing-Stationen in ganz Wandsbek bereit zu stellen. Nach Möglichkeit sollen E-Fahrzeug eingesetzt und daher E-Ladestationen vorgesehen werden. Wir wollen, dass die Möglichkeiten, die das Carsharing-Gesetz bietet, genutzt werden;
- Stellplätze für stationsbasiertes Carsharing im näheren Umfeld der Haltestelle Wandsbek Markt schaffen und
- prüfen, ob der Fuhrpark des Bezirksamtes durch die Nutzung eines stationsbasierten Carsharings ergänzt werden kann.

Außerdem wollen wir

- Quartiersgaragen schaffen (auch im Rahmen von B-Plan-Verfahren),
- die Wandsbeker Chaussee auf einem Teilabschnitt (ab Ecke Hammer Straße stadteinwärts) bei Gewährleistung des fließenden Verkehrs auf vier Fahrspuren für den Kfz-Verkehr zurückbauen, um zum einen die Protected Bike Lane (s. S. 24) zu realisieren und zum anderen die Verkehrssicherheit, die Aufenthaltsqualität und die Attraktivität des Gewerbes zu steigern,
- die Anzahl von Tempo 30-Strecken und Tempo 30-Zonen erhöhen. Dies gilt auch für Tempo 30 in der Nacht (in geeigneten Fällen auch durch unterstützende bauliche Maßnahmen, Kontrollen und/oder Dialogdisplays);
- hinsichtlich der Ausweisung von streckenbezogenem Tempo 30 vor sozialen Einrichtungen eine Lockerung der teilweise sehr restriktiven Einschränkungen der Anordnungsmöglichkeit erreichen,

- uns für die Übertragung der Kompetenzen der unteren Straßenverkehrsbehörde auf die Bezirke einsetzen. Solange dies nicht geschehen ist, wollen wir dennoch erreichen, dass eine bessere Berücksichtigung der Interessen des Bezirks und seiner Bürgerinnen und Bürger bei straßenverkehrsbehördlichen Anordnungen stattfindet. Dazu dienen entsprechende Abstimmungsprozesse zwischen den Fachbehörden und den Bezirken (Clearingrunde);
- die Ausweitung des Erhaltungsmanagements für Hamburgs Straßen auf Gehwege und Radwege insbesondere für Bezirksstraßen,
- zum Wohle des Fußverkehrs und für eine allgemeine Verbesserung der Verkehrssicherheit die Einhaltung von Park- und Halteverboten auf Geh- und Radwegen sowie auf für besondere Nutzergruppen reservierten Flächen stärker kontrollieren lassen. Die Einstellung von 100 zusätzlichen Angestellten im Polizeidienst hamburgweit muss eine verstärkte Kontrolle und Durchsetzung bestehender Regeln auch über das Bezirkszentrum hinaus zur Folge haben;
- den Ausbau der E-Mobilität und damit auch die Schaffung von mehr Ladestationen unterstützen,
- die Situation am Verkehrsknotenpunkt Farmsen deutlich verbessern. Dazu sollen Vorteile für den Busverkehr genauso wie für Fußbänger und Radfahrer realisiert werden, damit die Sicherheit, die Attraktivität und die Funktionalität an diesem Standort deutlich erhöht werden. Wir wollen die Planung unter Beteiligung der Menschen im Stadtteil zügig voranbringen;
- die Planungen der neuen U5 Haltestelle in Bramfeld weiter unterstützend begleiten. Wir begrüßen, dass der Fußgängertunnel unter der Bramfelder Chaussee Gegenstand der Planfeststellung ist;
- im Rahmen des geplanten S4-Ausbaus prüfen, ob ein Standort geeignet für eine P+R-Anlage ist und
- ein autofreies Quartierszentrum als Pilotprojekt im Bezirk umsetzen. Wir sehen das autofreie Rathausviertel positiv und werden die Umsetzung eines solchen Projektes unter Beteiligung der örtlichen Akteure anstreben.

Soziales und Bildung

Wandsbek ist ein heterogener Bezirk mit unterschiedlichen Facetten. Einkommensstarke und -schwache Stadtteile liegen dicht beieinander, Wohngebiete mit überwiegend alteingesessener Bevölkerung grenzen an junge, dynamische Quartiere, in denen hohe Fluktuation herrscht.

Die Koalition will weiterhin den sozialen Zusammenhalt stärken und in allen Stadtteilen für eine gute Nachbarschaft und Lebensqualität sorgen.

Inklusion

Wandsbek muss ein Bezirk ohne Barrieren werden. Diesem Ziel fühlen sich SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN weiterhin verpflichtet. Menschen mit und ohne Einschränkung müssen sich gleichberechtigt am gesellschaftlichen und politischen Leben beteiligen können. Dabei haben wir gemeinsam mit dem Bau einer Hebebühne im Bürgersaal, der ersten Toilette für Alle in Hamburg oder Publikationen des Bezirksamtes in Leichter Sprache einiges an Maßnahmen auf den Weg gebracht oder bereits umgesetzt. In enger Zusammenarbeit mit dem Inklusionsbeirat und allen anderen Akteuren vor Ort wollen diesen Weg weitergehen.

Konkret heißt das für die kommende Wahlperiode:

- Der Inklusionsfonds soll verstetigt und auf 75.000 EUR pro Jahr aufgestockt werden. Dabei sollen nicht nur Maßnahmen im öffentlichen Raum, sondern auch kleine Projekte von Vereinen und Institutionen gefördert werden. Es soll weiterhin geprüft werden, ob der Inklusionsfonds weiterhin aus dem investiven Quartiersfonds um 25.000 EUR pro Haushaltsjahr aufgestockt werden kann.
- Die Koalitionsparteien wollen sich bei Senat und Bürgerschaft dafür einsetzen, dass für Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (z.B. Schriftdolmetscher) regelhaft Mittel in den Haushalt eingestellt werden.
- In einem Pilotprojekt soll das Wandsbeker Rathaus inklusiv umgebaut werden. Die Wege zum Bürgersaal und Bezirksamt sowie in Poppenbüttel jeweils vom ZOB zum neuen Kundenzentrum Alstertal sollen durch ein Orientierungs- und Leitsystem für Blinde und Gehörlose erleichtert werden. Die Planungen sollen mit der geplanten S4-Haltestelle Rathaus Wandsbek koordiniert werden.
- Die Neubauten der Verwaltung in der Wandsbeker Zollstraße und am Wentzelplatz sollen bereits in der Planung einem inklusiven Anspruch genügen.
- Perspektivisch streben wir den Umbau der weiteren Verwaltungsgebäude an.

Integration

Der Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte liegt durchschnittlich bei 25 Prozent. Eine Integration in unsere Gesellschaft ist Voraussetzung für ein gutes Zusammenleben aller Kulturen.

Wir wollen daher

- das interkulturelle Gesamtkonzept weiterentwickeln,

- interkulturelle Fortbildungsangebote des Bezirksamts fördern,
- die Beteiligungsmöglichkeiten auch für Geflüchtete zugänglich machen und
- begonnene Integrationsprojekte ausreichend finanziell absichern.

Wir wollen nicht, dass Menschen länger als notwendig in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung leben. Dazu leistet Wandsbek einen erheblichen Anteil durch geförderten und bezahlbaren Wohnungsbau für alle Anspruchsberechtigten. Hinzu kommt eine enge Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Wohnungsnotfälle, die die Versorgung von vordringlich wohnungssuchenden Haushalten mit Wohnraum begleitet.

Pflege und Gesundheit

Das Thema Pflege mit dem Ziel, möglichst lange in der Familie und der eigenen Häuslichkeit verbleiben zu können, ist für viele ältere Bürgerinnen und Bürger in Wandsbek von großer Bedeutung. Nicht nur ein gutes Pflegeangebot, sondern vor allem geeignete Wohnangebote und eine Infrastruktur, die ein gesundes und selbstbestimmtes Leben befördert, sind selbstverständliche Notwendigkeiten. Dazu dienen das kommunale Gesundheitsfördermanagements (KGFM) und bestehende Netzwerke wie die Wandsbeker Gesundheits- und Pflegekonferenz.

Es soll geprüft werden, ob in einem Projekt mit bis zu drei Mitarbeitern ein Wandsbek bezogenes KGFM aufgebaut werden kann, um konkrete Vorschläge für eine sozialraumorientierte Gesundheitsprävention zu erarbeiten.

Wir setzen uns ein für

- eine barrierefreie und inklusive Gesundheitsversorgung für alle Menschen,
- eine Stärkung der interkulturellen Kompetenz in den Gesundheitseinrichtungen,
- die Prüfung einer Erweiterung der aufsuchenden medizinischen gesundheitlichen Hilfe für wohnungslose Menschen auf den Bezirk Wandsbek,
- eine Ausweitung der Messungen von Schadstoffen in der Luft insbesondere an Straßen und Kreuzungen mit hohem Verkehrsaufkommen und
- städtebauliche Maßnahmen wie Mittelstraßenbegrünung sowie begrünte schallschluckende Fassaden und bauliche Ausrichtungen zur Reduzierung von Straßenlärm.

Generationengerechtes Wandsbek

Wandsbek soll ein Bezirk bleiben, in dem sich alle Generationen wohl fühlen. Es ist heute wichtiger denn je, Quartierskonzepte zu entwickeln und alle Bevölkerungsteile zu erreichen, es darf sich niemand ausgeschlossen und abgehängt fühlen.

Es ist bekannt, dass Einsamkeit krank macht. Daher wollen wir Begegnungsstätten unterstützen und schaffen, damit Menschen im Gespräch miteinander bleiben. Wir wollen darauf hinwirken, dass öffentlich genutzte Räume intensiver auch generationenübergreifend genutzt werden können.

- Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Bezirksseniorenbeirat werden wir weiter unterstützen und stärken.

- Die Koalitionsparteien unterstützen weitere Wohnprojekte für Auszubildende in Wandsbek.
- Wir unterstützen bei der Planung neuen Wohnraums vor allem auch Mehrgenerationenwohnprojekte.
- Die Seniorentreffs und -beratungsstellen sollen gestärkt werden. Dabei orientieren wir uns am Konzept der sorgenden Nachbarschaft.
- Wir wollen verstärkt Projekte unterstützen, die die digitale Kompetenz älterer Menschen stärken. Dieses umfasst weiterhin die Förderung von kostenlosen W-LAN in den Senioreneinrichtungen.
- Für die Schaffung niedrigschwelliger Begegnungsmöglichkeiten wollen die Koalitionsparteien einen Kreativwettbewerb nach dem Vorbild der Stadt Wien ausloben.
- Zudem wollen wir für Begegnungsmöglichkeiten durch mehr öffentliche Sitz- und Aufenthaltsgelegenheiten sorgen.

Bildung

Mit der Eröffnung des Campus in Steilshoop ist ein bedeutender Schritt getan, wieder eine weiterführende Schule in Steilshoop zu etablieren. Die Weiterentwicklung dieses Standortes soll weiterhin in enger Abstimmung zwischen Senat, bezirklichen Gremien und den beteiligten Akteuren erfolgen.

Die Koalitionäre begrüßen die Planungen neuer Schulstandorte im Bezirk, insbesondere in Farmsen und den nördlichen Walddörfern und werden diese Planungen konstruktiv begleiten. Wir legen Wert darauf, dass die Standortentscheidung in enger Abstimmung mit den bezirklichen Gremien erfolgt. Auch an diesen neuen Standorten ist die erfolgreiche Vernetzung von Kindertagesstätten, Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen – auch durch lokale Bildungskonferenzen – von Anfang an mitzudenken.

Wir begrüßen das Engagement außerschulischer Bildungseinrichtungen in unserem Bezirk und unterstützen diese im Rahmen unserer Möglichkeiten.

Sport (Active Wandsbek)

Sport ist mehr als die bloße Freizeitbeschäftigung vieler Menschen im Bezirk. Er schafft und erhält Gesundheit, bietet Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Integration, Teilhabe und Inklusion und ist dabei im Breitensport geprägt durch starkes ehrenamtliches Engagement. Sport spielt daher nicht nur eine große Rolle im Leben vieler Wandsbekerinnen und Wandsbeker, sondern schafft und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wir sind uns der Bedeutung des Sports bewusst und setzen uns weiter dafür ein, ihn in seiner Vielfalt zu unterstützen, zu fördern und voranzubringen. Zudem bedanken wir uns in besonderer Weise bei den vielen Ehrenamtlichen, die sich für den Sport im Bezirk engagieren.

Die Schulsportanlagen werden durch Schulbau Hamburg finanziert und die Vereinssportanlagen anteilig durch den Hamburger Sport Bund (HSB). Um bestehende und neu zu schaffende Plätze und Hallen bestmöglich auszunutzen und dabei die Interessen aller Beteiligten miteinander in Einklang zu bringen, setzen wir uns für eine noch bessere Vernetzung zwischen der Schulbehörde, Schulbau Hamburg, den Vereinen, dem HSB, dem Bezirksamt und dem Bezirklichen Sportstättenmanagement ein. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass den Schulen und Vereinen für Breiten- und Spitzensport ausreichende Kapazitäten in und auf modernen, guten und attraktiven Anlagen zur Verfügung stehen.

Die hohen Investitionen in die Wandsbeker Sportinfrastruktur sollen auch zukünftig auf mindestens gleich hohem Niveau fortgesetzt werden.

So soll insbesondere für den **TSV Wandsetal** auf der Sportanlage Friedrichshöh ein zukunftsfähiger Sportpark entwickelt werden. Im ersten Schritt wird ein moderner Kunstrasenplatz mit Flutlicht entstehen. Im zweiten Schritt soll der Hauptplatz in Kunstrasen umgewandelt und zusätzlich mit einer Laufbahn für Leichtathleten ergänzt werden. Mit dem modernen Sportpark Friedrichshöh kann der TSV Wandsetal seine wichtige Arbeit für die Sportlerinnen und Sportler im Wandsbeker Kerngebiet weiterführen.

Hinzukommt, dass die Koalition den Ringtausch der Sportanlage „Am Neumarkt“ hin zum alten Postgelände sowie den Umzug der Sportanlage „Küperkoppel“ hin zur Grunewaldstraße aktiv begleitet. Sowohl der **SV Tonndorf-Lohe** als auch der **WTSV Concordia** erhalten damit fortschrittliche Sportstätten.

Besonders in wachsenden Stadtteilen ist die Sportinfrastruktur zu erhalten und wo notwendig zu sanieren oder auszubauen. Aus diesem Grund werden mehrere Maßnahmen in Farmsen unterstützt. Zum einen werden die Maßnahmen vom **Farmsener TV** (Neubau des Vereinshauses und Sanierung vom Lehrschwimmbecken) weiterverfolgt. Zum anderen wird der Kunstrasenplatzumbau vom **SC Condor** am Berner Heerweg ausdrücklich unterstützt. Außerdem haben wir uns dafür stark gemacht und werden auch weiterhin durchsetzen, dass die Kapazität der Lehrschwimmbecken des Berufsförderungswerks an der August-Krogmann-Straße, die im Zuge der Neubebauung entfallen, adäquat ersetzt wird.

Die Planungen des **Bramfelder SV** für ein Sportzentrum an der Ellernreihe werden wir wohlwollend begleiten. Gleiches gilt für die Ideen eines Sportzentrums des **AMTV** in Rahlstedt. Für diese und andere Ideen gilt es, zunächst die zusätzlichen Potentiale für den Sport aus dem Schulentwicklungsplan, der eine zweistellige Zahl zusätzlicher Hallenfelder im Bezirk bedeutet, zu berücksichtigen.

Im Rahmen des Schulentwicklungsplans setzen wir uns dafür ein, dass weitere Schulsporthallen und Bewegungsräume errichtet und den Wandsbeker Vereinen zur Verfügung gestellt werden. Der Schulentwicklungsplan bietet jetzt die Chance wichtige Vereins- und Stadtteilbedarfe zu berücksichtigen.

In den nächsten fünf Jahren wird die Koalition schrittweise ein nachhaltiges Konzept zur umfassenden Modernisierung der **Sportanlage Petunienweg** erarbeiten.

Wir setzen uns auf Landesebene dafür ein, dass die **Schulsportanlage „Im Regestall“** ebenfalls zeitnah umgestellt wird.

An Lösungen bei den weiteren Kunstrasenprojekten Saseler Weg (Walddörfer SV), Barmwisch (SC Osterbek) und Hummelsbütteler Hauptstraße (Hummelsbüttler SV) werden wir weiter arbeiten.

Wir unterstützen die Planungen des TuS Berne zur Entwicklung der Standorte Schierenberg und Lienaustraße.

Bei allen Maßnahmen für den Sport ist uns auch die Umweltverträglichkeit wichtig. So werden weiterhin keine Kunstrasenplätze mehr mit Gummigranulat, sondern mit ökologisch unbedenklichem Material verfüllt.

Sport findet zunehmend auch im Stadtteil und unter freiem Himmel statt und nimmt für viele Wandsbekerinnen und Wandsbeker eine zunehmende Bedeutung ein. Dies wollen wir fördern und einen niedrigschwelligen und wohnortnahen Zugang zu Sport- und Bewegungsmöglichkeiten fördern. Dabei wollen wir alle Menschen erreichen.

Daher wollen wir

- Parksportmöglichkeiten für alle Generationen schaffen, z.B. durch die Umgestaltung und Aufwertung des Eichtalparks,
- konkret auf ein Pilotprojekt, nach dem Vorbild der Parksportinsel Wilhelmsburg setzen, das angeleiteten Parksport anbietet,
- weitere öffentlich zugängliche Sportanlagen wie z. B. Beachvolleyballplätze entlang des Wandse-Grünzugs schaffen,
- den Bolzplatz an der Münzelkoppel aufwerten,
- Bewegungsmöglichkeiten für Kinder in die öffentliche Raumgestaltung z. B. von Fußgängerzonen integrieren. Dafür einigt sich die Koalition auf zwei Pilotprojekte;
- bei der Entwicklung größerer Quartiere Sportmöglichkeiten wie Sportanlagen, Sportgeräte und Multifunktionsräumen mitplanen und
- einen Skatepark nach dem Vorbild des „Kelle Skateparks“ prüfen.

Wir begrüßen die Initiative des Masterplans „Active City“ des rot-grünen Senates und setzen uns in Zusammenarbeit mit der Landesebene für die Umsetzung weiterer Maßnahmen in Wandsbek ein.

Groß-Sportveranstaltungen haben eine besondere Strahlkraft und begeistern alle Teilnehmenden und die Zuschauerinnen und Zuschauer. Wir setzen uns für bestehende Veranstaltungen wie den Wandsbeker Halbmarathon ein und wollen weitere Großveranstaltungen in den Bezirk holen. Dabei achten wir auf eine finanziell und ökologisch nachhaltige Planung.

Die ökologischen Aspekte beinhalten neben einer Strategie zur Müllvermeidung auch weitere Faktoren wie eine möglichst regionale gastronomische Versorgung.

Um Angebote und Möglichkeiten im Bereich Sport und Bewegung bekannter zu machen, setzen wir uns für eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit ein.

Jugendhilfe

Um eine ganzheitliche Unterstützung für alle Kinder und Jugendlichen zu erreichen, bedarf es der bestmöglichen Vernetzung der vorhandenen Einrichtungen in den Sozialräumen, die sich mit der Erziehung, Bildung und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen befassen. Jugendhilfepolitik muss dafür Sorge tragen, dass Kinder und Jugendliche jene Räume finden, die sie zur Orientierung und Entwicklung ihrer Persönlichkeit brauchen und dafür dass ein angemessenes Angebot an gut erreichbaren und niedrigschwelligen Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit vorhanden ist. Diese Räume sollen offen für Alle sein, daher unterstützen wir Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen dabei barrierefreie Räumlichkeiten zu schaffen. Ferner wollen wir die Einrichtungen dahingehend zu schulen, die Bedürfnisse von queeren Kindern und Jugendlichen sowie von Kindern und Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft wahrzunehmen.

Die Koalition steht hinter dem Prinzip der Sozialraumorientierung, das alle Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe, sowie die Kooperation mit Schulen und Kitas und anderen Trägern im Sozialraum, wie den Sportvereinen oder Einrichtungen der Gesundheitshilfe umfasst. Zudem wollen wir Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen unterstützen, wenn sie generationenübergreifende Aktivitäten in ihr Angebot aufnehmen möchten.

Bei der Implementierung neuer Projekte, insbesondere sozialräumlicher, verbindlicher Hilfen (SHA / sozialräumliche Hilfen und Angebote und SAE / sozialräumliche Angebotsentwicklung), soll auch weiterhin der Jugendhilfeausschuss mindestens im bisherigen Umfang beteiligt werden. Die Angebote sollen sich vor Ort im Lebensraum der Ratsuchenden befinden.

Die Bemühungen der vergangenen Jahre, den Kinderschutz zu stärken, sind als Querschnittsaufgabe fortzuführen. Es ist für uns selbstverständlich, dass der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) weiterhin von allen Sparmaßnahmen ausgenommen wird.

Die gesamte soziale Infrastruktur muss mit der Bevölkerungsentwicklung mithalten und ist entsprechend anzupassen. Hilfe und Unterstützung für Jugendliche und ihre Familien ist durch gut erreichbare Angebote in den Stadtteilen zu gewährleisten. Um auch in Zukunft eine nachhaltige Jugendhilfestruktur für den Bezirk zu erhalten, braucht der Bezirk auch weiterhin eine solide Jugendhilfeplanung. Eine gelingende Kinder- und Jugendarbeit kann jedoch nur erfolgen, wenn eine qualitative und flächendeckende Struktur in der Kinder- und Jugendhilfe sichergestellt ist und gute Arbeitsbedingungen vor Ort herrschen. Deshalb haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, die Finanzierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit durch eine deutliche Erhöhung der bezirklichen Rahmenzuweisung nachhaltig zu sichern. Wegfallende Stellen in den Angeboten der Jugendhilfe sind unverzüglich und vorrangig wieder zu besetzen, Tarifsteigerungen, sowie inflationsbedingte Steigerungen der Betriebskosten zeitnah in den bezirklichen Rahmenzuweisungen abzubilden.

Die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sollen mindestens im bisherigen Umfang erhalten bleiben. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode wurde verstärkt in die bauliche Substanz der Jugendhilfeeinrichtungen investiert, dies wollen wir, dort wo es notwendig ist. Das Haus der Jugend Steilshoop wurde im Rahmen der Campus-Planung neu gebaut, auch das Haus der Jugend Jenfeld wird gemeinsam mit einer Maßnahme von Schulbau Hamburg umfangreich saniert. Das Haus der Jugend Tegelsbarg erhält mit Hilfe von Bundesmitteln einen großzügigen Anbau, und auch das Haus der Jugend Großlohe wird neu gebaut. Die Koalition wird ihre Bemühungen, hierfür weiterhin Landesmittel einzuwerben und die

Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen der Einrichtungen fortsetzen, im Fokus stehen hierbei insbes. auch die Einrichtungen am Lentersweg und in Bramfeld. Die dringend notwendige energetische Sanierung des Startlochs in Rahlstedt Ost wollen wir im Rahmen der RISE-Förderung auf den Weg bringen.

Die Koalition setzt sich weiterhin dafür ein, die Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen zu stärken und mit allen Akteuren im Jugendhilfeausschuss gemeinsam weiterzuentwickeln. Die Koalition verfolgt auch weiterhin die Einrichtung eines bezirklichen Kinder- und Jugendbeirates. Bei der Organisation und Umsetzung wollen wir die Erfahrungen mit der Beteiligung des Bezirksseniorenbeirates an den Ausschüssen der Bezirksversammlung berücksichtigen. Allerdings muss dabei auf die besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen geachtet werden, die formalisierten und institutionalisierten Beteiligungsprozessen möglicherweise entgegenstehen. Wir fordern den Senat auf, ein Kinder- und Jugendmitwirkungsgesetz auf den Weg zu bringen.

Haushalt

Die Koalitionsparteien werden den eingeschlagenen Weg einer nachhaltigen Finanz- und Haushaltspolitik der Stadt weiterhin unterstützen. Die gewonnenen Spielräume aus dem Abbau des strukturellen Defizits müssen neben dem Schuldenabbau auch weiterhin genutzt werden, um die notwendigen Investitionen in die soziale und verkehrliche Infrastruktur zu verstetigen.

Dabei haben wir besonders die weitere Stärkung der bezirklichen Belange im Blick. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die bezirklichen Mittel, auch der Förderfonds Bezirke und der Quartiersfonds, erhöht und verstetigt werden. Im investiven Quartiersfonds werden wir künftig darauf hinwirken, dass die Bezirksversammlungen ein Initiativ- und Mitspracherecht bei der Vergabe der Mittel erhalten. Wir werden uns auch weiterhin dafür stark machen, dass Tarifsteigerungen bei den Haushaltsansätzen für alle Rahmenzuweisungen der Bezirke nachvollzogen werden.

Die Verteilungsschlüssel für die Rahmenzuweisungen zwischen den Bezirken müssen regelmäßig evaluiert, nach den tatsächlichen Bedarfen neu aufgestellt und zukünftig gegenüber den Bezirksverwaltungen und den Bezirksversammlungen transparent dargestellt werden.

Die Rolle von Wandsbek als einwohnerstärkster Bezirk in Hamburg muss bei den Schlüsseln wesentlich deutlicher berücksichtigt werden.

Wirtschaft

Wandsbek bleibt ein wichtiger Wirtschaftsstandort Hamburgs. Wir werden daher weiter die regionale Wirtschafskraft in den Stadtteilen fördern und stärken.

Aufgabe von Kommunalpolitik und serviceorientierter Verwaltung ist neben der Schaffung von attraktiven Standortbedingungen die aktive Unterstützung von Unternehmen bei der Standortsuche, um Gewerbe im Bezirk neu anzusiedeln oder bei Unternehmensveränderungen im Bezirk zu halten. Unsere vorausschauende Stadtplanung hat stets die Menschen in den Quartieren im Blick. Wir sorgen für eine vielseitige und wohnortnahe Nahversorgung. Wir setzen uns ein für die Ansiedlung von insbesondere kleineren und mittleren Unternehmen mit vielen Arbeitsplätzen bei gleichzeitig geringem Flächenbedarf, für die unternehmerisches, soziales und ökologisches Handeln zusammengehört.

Gemeinsam mit dem Wirtschaftsbeauftragten und der Stadtplanung des Bezirks haben wir bereits an verschiedenen Stellen Akzente für eine wirtschaftliche Stärkung gesetzt. Seit 2011 haben wir 10,1 Hektar neue Gewerbefläche ausgewiesen, den Bramfelder Markplatz sowie Teile des Rahlstedter Ortskerns neugestaltet. Die Umgestaltung des Saseler Marktes und der Wochenmarktfläche in Volksdorf werden in dieser Wahlperiode umgesetzt. Damit stärken wir unsere Stadtteilzentren, die für den täglichen Einkauf wichtig sind.

Mit der Ausweisung des ersten interkommunalen Gewerbegebietes zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein an der Stapelfelder Straße kommen wir den gestiegenen Bedarfen nach und steigern mit weiteren 28,5 Hektar neu ausgewiesenen Gewerbeflächen die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bezirks bei gleichzeitiger ökologischer und landschaftsplanerischer Aufwertung der wertvollen umliegenden Grünflächen.

Zukünftig wird es auch darum gehen, bestehende Gewerbeflächen klüger und flächeneffizienter auszunutzen.

Wir wollen Handwerksunternehmen bei ihrer Flächensuche aktiv unterstützen.

Ortsnahes Gewerbe und somit kürzere Wege, die Verbindung von Wohnen und Arbeiten können durch innovative Ideen wie die die Schaffung von Handwerkerhöfen vorangebracht werden.

Auch bei neuen Wohnungsbauprojekten soll Kleingewerbe stärker berücksichtigt und gefördert werden.

Das Wandsbeker Kerngebiet bleibt weiter ein Schwerpunkt unserer Bemühungen zur Stärkung des Einzelhandels entlang der Wandsbeker Chaussee und der Wandsbeker Marktstraße. Dazu gehört die Sanierung und bauliche Aufwertung der Wandsbeker Wochenmarktfläche am Quarree. Planungen für eine eventuelle multifunktionale Markthalle auf einer Teilfläche stehen wir grundsätzlich offen gegenüber. Dies wäre für uns nur im Rahmen eines breit angelegten Bürgerdialogs vorstellbar. Außerdem wollen wir den Kern von Eilbek für die wohnortnahe Versorgung in diesem immer stärker nachgefragten Stadtteil verbessern. Uns ist wichtig, die Aufenthaltsqualität mit baulichen Maßnahmen wie einem Neuzuschnitt von Straßenquerschnitten zu erhöhen.

Der Schaffung eines Gründer- und Technologiezentrums in Wandsbek stehen wir positiv gegenüber. Vorhandene Bedarfe von Gründerinnen und Gründern werden wir unterstützen.

In den vergangenen Jahren haben wir uns nicht nur für die Erhaltung und Festigung der städtischen Wochen- und Jahrmärkte ausgesprochen, sondern uns auch erfolgreich gegen eine Privatisierung einzelner Märkte eingesetzt. Daran halten wir weiter fest. Die Wochenmärkte sind für uns gerade in unserem Bezirk ein unverzichtbarer Teil der Nahversorgung. Daher sind Investitionen in die Marktflächen gute Investitionen für die jeweiligen Standorte, die auch dem Einzelhandel vor Ort helfen. Darüber hinaus unterstützen wir Initiativen wie den Bergstedter Feierabendmarkt, die das klassische Wochenmarktangebot ergänzen.

Wochenmärkte sind strukturell Vorreiter bei der Vermeidung von Verpackungsmüll. Gleichzeitig gilt es auch hier, weitere Optimierungspotentiale abzurufen.

Darüber hinaus begrüßen wir die Zunahme von Initiativen für unverpackte Produkte.

Das Querschnittsthema Wirtschaft umfasst viele Facetten, die viele Teilbereiche der Bezirksverwaltung betreffen. Die wohnortnahe Nahversorgung soll erhalten und verbessert, Quartiers- und Ortszentren sollen stabilisiert werden (z. B. durch Aufwertungen und Umgestaltungen von Plätzen, verbesserte Verkehrsführungen). Hierbei stehen die Einkaufszentren Steilshoop, Jenfeld und Berliner Platz für uns besonders im Fokus.

Daneben hat die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Bezirk für uns eine hohe Priorität. Wir wollen den Bezirk als interessanten und innovativen Standort vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen ausbauen und die Vereinbarkeit von Wohnen und Arbeiten im Quartier durch eine intelligente Stadtplanung verbessern. Unternehmen, die nachbarschaftliche Strukturen fördern und Umweltschutz in ihr betriebliches Handeln integrieren wollen wir stärker fördern. Zur Weiterentwicklung der Mobilität im Bezirk gehört auch, dass der Gewerbeverkehr berücksichtigt wird und insbesondere alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer von der Optimierung der Baustellenkoordinierung profitieren.

Die Schaffung eines lokalen Wirtschaftsförderungsbüros oder eines „Fördermittellotsen“ soll geprüft und mit Hilfe der Kammern und der Fachbehörde im Bezirk umgesetzt werden.

Kultur

Das breite Kulturangebot in Wandsbek ist Ausdruck der großen Vielfalt der Bevölkerung in Wandsbek und trägt zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei. Für die Lebens- und Aufenthaltsqualität in unserem Bezirk sind die kulturellen Angebote daher unentbehrlich. Die wichtigen Angebote für den gesellschaftlichen Zusammenhalt werden auch zukünftig eine besondere Bedeutsamkeit in unserer politischen Schwerpunktsetzung haben, auch um immer wieder neue Zielgruppen zu erschließen. Die Stadtteilkultur unterstützt darüber hinaus die Wandsbekerinnen und Wandsbeker in vielen Bereichen, ein selbstbestimmtes Leben als Teil unserer Stadtgesellschaft zu führen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die lebendige Wandsbeker Kulturlandschaft mit den vielen Vereinen und Stadtteileinrichtungen in der Lage ist, ihre attraktiven und zusammenführenden Angebote durchzuführen. Dabei sind Kontinuität und Verlässlichkeit für die Einrichtungen stets Richtschnur unseres Handelns. Wir investieren umfangreich in attraktive Stadtteilzentren und setzen uns für eine weitere Verbesserung der Barrierefreiheit ein. Wir wollen inklusive Orte der Begegnung für alle.

Das flächendeckende Netz der Stadtteilzentren werden wir zielgenau weiterentwickeln. Die Koalition setzt sich in enger Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern für ein **Stadtteilzentrum in Rahlstedt** ein, der bestehende Beschluss der Bezirksversammlung wird bekräftigt. Die Koalition erwartet von der Landesebene, dass die notwendigen Betriebsmittel bereitgestellt werden. Wir unterstützen neben der Realisierung der **Bramfelder Kulturinsel** auch das Vorhaben, beim geplanten Sport- und Stadtteilzentrum Berne in der Lienaustraße auch ein vielseitiges Kultur- und Bildungsangebot zu schaffen.

Die umfangreiche Erweiterung des Stadtteilkulturzentrums der Interessengemeinschaft um den Lentersweg e. V. (IGL) werden wir weiter unterstützen und voranbringen.

Die **Erinnerungskultur** hat in Wandsbek berechtigterweise einen besonderen Stellenwert. Wir werden sowohl für den **Denkmalschutz** als auch für das koloniale Erbe eine entsprechende inhaltliche Begleitung fortsetzen. Dazu gehört einerseits der Erhalt von Denkmalen und ebenso deren von öffentlicher Beteiligung begleitete Kommentierung und Aufarbeitung.

Wir begrüßen ausdrücklich die aktuelle öffentliche Diskussion zur angemessenen Würdigung des Widerstands während der NS-Herrschaft in Wandsbek. Dazu hat die Koalition in der letzten Legislatur einen Runden Tisch initiiert und unterstützt die Beteiligten bei dem weiteren Prozess zur Erarbeitung eines Konzepts für einen würdigen Ort der Erinnerung.

Schlussbestimmungen

Die Koalitionspartner führen die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Bezirksamtsleiter fort. Gemeinsam mit ihm werden sie die Umsetzung des Koalitionsvertrags vorantreiben. Sie werden sich weiter regelmäßig mit ihm über die Beschlüsse der bezirklichen Gremien und die Fortschritte und Ergebnisse der Arbeit für den Bezirk, die Bezirksversammlung und das Bezirksamt austauschen.

Rechtzeitig vor Ende der Amtszeit des jetzigen Bezirksamtsleiters werden die Koalitionspartner gemeinsam beraten und gemeinsam entscheiden, wie die Bezirksamtsleitung vor dem Hintergrund des Wahlergebnisses in der nächsten Amtszeit personell aufgestellt werden soll.

Alle in dieser Vereinbarung nicht geregelten Angelegenheiten werden von den Fraktionen gemeinsam besprochen und entschieden.

In der Bezirksversammlung werden die Partner nicht mit wechselnden Mehrheiten abstimmen. Die freie Gewissensentscheidung der/des einzelnen Abgeordneten bleibt hiervon unberührt.

Anträge einer Fraktion werden dem Partner in der Regel fünf Tage vor Einbringung zur Beratung zugeleitet.

Anträge, die nicht die Zustimmung des anderen Partners finden, werden zunächst nicht eingebracht, es soll eine gemeinsame Lösung gefunden werden.

Sollte ein Antrag von einer Oppositionsfraktion gestellt werden, zu dem zwischen den Koalitionspartnern auch nach wohlwollender Prüfung kein Einvernehmen besteht, wird dieser Antrag abgelehnt. Dies gilt für alle Fach-, Regional- und Bauprüfausschüsse einschließlich des Jugendhilfeausschusses.

Unter Beachtung der gemeinsamen Zielsetzung, den Wohnungsbau in Wandsbek zu fördern, werden die Mitglieder in den regionalen Bauprüfausschüssen eine gemeinsame Linie vertreten. Die Abstimmung erfolgt durch die Fachsprecher vor der Sitzung des Bauprüfausschusses.

Beide Partner werden darauf hinwirken, dass die gemeinsame Wandsbeker Politik auf Landesebene Bestand hat.

Bei Entscheidungen über Grundstücksangelegenheiten in Wandsbek in der Kommission für Bodenordnung (KfB) soll Einvernehmen zwischen den von den Fraktionen benannten Vertretern hergestellt werden. Ist dies nicht möglich, wird Vertagung beantragt. Ist dies auch nicht möglich, enthält sich das stimmberechtigte Mitglied.

Zur Erörterung eventuell auftretender Meinungsverschiedenheiten wird ein paritätisch besetzter Koalitionsausschuss gebildet, dem zumindest die Fraktionsvorsitzenden und die Kreisvorsitzenden der Parteien angehören. Der Koalitionsausschuss wird auf Antrag einer oder eines Fraktionsvorsitzenden bzw. einer oder eines Kreisvorsitzenden der Koalitionsparteien zusammentreten.

Hamburg, den 6. Dezember 2019

Für die
Sozialdemokratische Partei
Deutschlands (SPD)
Kreis Wandsbek

…….

Dr. Andreas Dressel
Kreisvorsitzender

Für
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Kreisverband Wandsbek

…….

Maryam Blumenthal
Kreisvorsitzende und
Fraktionsvorsitzende

…….

Anja Quast
Fraktionsvorsitzende und stellv.
Kreisvorsitzende

……..

Adriaan van Haeften
Kreisvorsitzender

……

Rainer Schünemann
Stellv. Fraktionsvorsitzender

……..

Dennis Paustian-Döscher
Stellv. Fraktionsvorsitzender